

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **P. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 1,50.

Inhalt:

	Seite		Seite
Rechenschaftsbericht der Generalkommission, Kaszen-bericht und Bericht des Arbeiterinnen-Sekretariats	209	Arbeiterversicherung. Geisteskrankheit infolge von Augenverletzung	223
Arbeiterbewegung. Gewerkschaftliche Rückblicke. IV. — Aus den deutschen Gewerkschaften	221	Kartelle und Sekretariate. Arbeiterreferat gesucht	224
Lohnbewegungen. Streiks und Aussperrungen	223	Mitteilungen. Quittung der Generalkommission über Quartalsbeiträge und Unterstützungsgelder. — Mitteilung der Redaktion.	224

Rechenschaftsbericht der Generalkommission

vom 1. Mai 1905 bis 31. Dezember 1906.

Allgemeines.

Der von den verbündeten Regierungen gemachte Versuch, ein Gesetz zur Regelung der rechtlichen Verhältnisse der Berufsvereine zu schaffen, dürfte als das für die Gewerkschaften wichtigste Vorkommnis während der verfloffenen Geschäftsperiode zu gelten haben. Wäre der am 12. November 1906 dem Reichstage vorgelegte Entwurf Gesetz geworden, so würde es den Gewerkschaften fast unmöglich sein, ihre Tätigkeit in der bisherigen Weise fortzusetzen. Es war deshalb notwendig, alle zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um die den Gewerkschaften drohende Gefahr abzuwehren. Es kam dabei in Betracht, die gewerkschaftlichen Organisationen der verschiedensten Richtungen zum gemeinsamen Protest zu veranlassen, um den Regierungsvertretern den billigen Vorwand zu nehmen, daß die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft sich in der Verteilung des Gesetzesentwurfes nicht einig sei. Bei der Beratung der Vorlage im Reichstage betonte der Regierungsvertreter mit besonderem Nachdruck, daß das Gesetz nicht für die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften bestimmt sei. Offenbar war die Absicht, die gewerkschaftlichen Organisationen der verschiedenen Richtungen durch das Gesetz noch weiter zu trennen, als sie ohnehin getrennt sind, mit von entscheidender Bedeutung dafür, den Entwurf in der vorgelegten Form auszuarbeiten. Daß er auch nicht im geringsten geeignet war, den Gewerkschaften zu nützen, hätte eigentlich auch den Bearbeitern der Gesetzesvorlage nicht entgehen können. Doch es scheint in Deutschland an der Tendenz, die für die Arbeiter zu schaffenden Gesetze nicht so zu gestalten, daß sie den Arbeitern nützen und deren Zustimmung finden können, festgehalten zu werden. Wenn je ein die Arbeiter betreffender Gesetzesentwurf geeignet gewesen ist, die Nichtigkeit dieser Annahme zu beweisen, so war es der, welchen die Regierung, harmlos wie sie nun einmal ist, als den Entwurf eines

Gesetzes betreffend die gewerblichen Berufsvereine bezeichnete.

Neben den Vertretern der sozialdemokratischen Partei wurde die Gesetzesvorlage auch von den Vertretern des Centrums und der Freisinnigen bekämpft. Es galt jedoch, auch die Gewerkschaften, welche in diesen Parteien ihre politische Vertretung sehen, zu einer entsprechenden Kundgebung zu veranlassen. Die Generalkommission wandte sich deshalb an die Leitung der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und der christlichen Gewerkschaften mit dem Ersuchen, einen gemeinsamen Gewerkschaftskongreß einzuberufen, der zu dem Gesetzesentwurf Stellung nehmen sollte. Die Leitung der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften stimmte dem Vorschlage zu, während die Leitung der Christlichen Gewerkschaften den Vorschlag mit der wenig stichhaltigen Begründung ablehnte, daß sie, die „Christen“, einen „nationalen“ Arbeiterkongreß einberufen hätten, der sich auch mit der Gesetzesvorlage beschäftigen sollte. Von der Generalkommission wurden daraufhin die Vorbereitungen für einen Kongreß der der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften getroffen und wurde gleichzeitig eine umfassende Agitation gegen die Gesetzesvorlage eingeleitet. Die Arbeiten fanden ihren Abschluß mit der am 13. Dezember 1906 erfolgten Auflösung des Reichstages. Mit ihr erledigte sich, gleich allen anderen, auch die Gesetzesvorlage betreffend die Berufsvereine. Ob die verbündeten Regierungen die Vorlage in gleicher oder veränderter Form wieder einbringen werden, ist noch zweifelhaft. Sie ist zwar von Regierungsvertretern gelegentlich im neuen Reichstage angekündigt. Die gegenwärtige Zusammensetzung des Reichstages dürfte es der Regierung kaum geraten erscheinen lassen, mit dieser Vorlage wieder zu kommen, weil sie das konservativ-liberale Gebündnis zur Auflösung bringen könnte. Oder aber, der Liberalismus müßte so weit gekommen sein, daß er um des lieben

Hausfriedens willen einem Gesetz zustimmt, das dazu dienen wird, die gewerkschaftliche Tätigkeit der Arbeiter zu behindern.

Jedenfalls darf die politisch reife Arbeiterschaft, dürfen unsere Gewerkschaften sich nicht darauf verlassen, daß der gegenwärtige Reichstag sie vor einem reaktionären Gewerkschaftsgesetz bewahren wird, sondern sie müssen ständig gerüstet sein, um sich mit aller Macht gegen einen reaktionären Anschlag zu wehren. Zwingt man ihnen trotz dieses Widerstandes ein solches Gesetz auf, so werden sie trotzdem und alledem ihren Organisationsbau so ausgestalten, daß auch dieses Mittel, ihn zu erschüttern, versagen wird.

Die modernen Gewerkschaften haben heute einen Umfang erreicht, bei dem es nicht mehr möglich sein wird, sie in ihrem Wirken behindern oder sie gar vernichten zu können. In dem letzten von der Generalkommission vorgelegten Rechenschaftsbericht, im Mai 1905, wurde mit Genugtuung konstatiert, daß die Gewerkschaften 1904 im Jahresdurchschnitt 1 052 108 und am Jahreschluß 1 116 723 Mitglieder hatten. Im Jahre 1905 erreichte die durchschnittliche Mitgliederzahl die Ziffer von 1 344 803 und am Jahreschluß von 1 429 303. Das Jahr 1906 dürfte mit einem Mitgliederbestand von 1 800 000 abschließen. Zwar machen sich bereits die Wirkungen der ungünstigen Wirtschaftskonjunktur geltend. Infolge des drohenden Zolltarifs wurden, besonders in der Metallindustrie, die Inlandsbestellungen zurückgestellt, um vor Inkrafttreten des Zolltarifs die Auslandsbestellungen zu erledigen. Nunmehr scheinen auch die Bestellungen aus dem Inlande aufgearbeitet zu sein und die unheilvollen Wirkungen der unheimlichen Zollgesetzgebung werden sich im vollen Maße geltend machen. Die Geschädigten werden, wie leider immer, die Arbeiter sein. Noch ist es ihnen nicht im vollen Maße gelungen, die durch die deutsche Agrarpolitik herbeigeführte Verteuerung der Nahrungsmittel durch Erhöhung der Löhne mittels des Gewerkschaftstampfes auszugleichen. Das Unternehmertum weiß bereits, daß die Zeit wieder heranrückt, die Arbeiterschaft in die Abwehrstellung zu drängen, denn es zeigt eine bisher nicht erreichte Neigung, jede Bewegung der Arbeiter mit einer Aussperrung zu beantworten.

Trotzdem wird es auf dem wirtschaftlichen Kampffelde den Unternehmern ebensowenig gelingen, der organisierten Arbeiterschaft Herr zu werden, wie es den Verbündeten der Unternehmer, welche die Führung der Staatsgeschäfte in der Hand haben, gelingen wird, die Gewerkschaften durch eine reaktionäre Gesetzgebung zu unterdrücken. Die organisierte Arbeiterschaft ist zu einem Selbstvertrauen und zu einem Vertrauen zu ihren Organisationen gekommen, das uns zu der Hoffnung berechtigt, es werden auch während der Periode der wirtschaftlichen Krise sich keine nennenswerten Rückschläge im Organisationsleben bemerkbar machen.

Mit dem Vertrauen zur Organisation hat sich aber auch ein größeres Verantwortlichkeitsgefühl bei der organisierten Arbeiterschaft entwickelt. Dieses veranlaßte die Gewerkschaften, sich auf ihrem letzten Kongreß mit der Frage des Generalstreiks oder politischen Massenstreiks und der Maidemonstration zu beschäftigen, weil bei jeder Aktion, an welcher Arbeitermassen beteiligt sind, die Gewerkschaften schließlich doch die Kerntruppe zu stellen haben. Die Behandlung dieser Fragen auf dem Gewerkschaftskongreß gefiel nun einigen Schriftstellern nicht und sie fühlten sich berufen, in verschiedenen Zeitungen der sozialdemokratischen Partei gegen die Kongreß-

verhandlungen zu polemisieren und zwar in einer Weise, die wohl von dem guten Willen Zeugnis ablegte, einen frisch-fröhlichen Krieg zwischen Gewerkschaften und Partei herbeizuführen, aber von der Würdigung der Motive der anderen Seite wenig bemerken ließ. Die Gewerkschaftspressen antwortete im allgemeinen auf diese Angriffe nicht und besonders hielt die Generalkommission es im Interesse der gesunden Fortentwicklung der Arbeiterbewegung nicht für zweckmäßig, im „Correspondenzblatt“ gegen die angreifenden Blätter zu polemisieren. Dies Schweigen wurde von den Angreifern aber nicht als aus dem Bewußtsein entspringend gedeutet, das Rechte getan zu haben, sondern es wurde als das Schweigen des armen Sünders angesehen, der nichts zu seiner Rechtfertigung zu sagen hat. Die Folge war nicht Verminderung, sondern Verschärfung der Polemik, so daß schließlich auch die Gewerkschaftspressen und auch das „Correspondenzblatt“ in der Sache nicht mehr schweigen konnte. Im Februar 1906 beschäftigte sich sodann eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände mit der Angelegenheit. Die Aussprache, deren Inhalt nicht für weitere Kreise bestimmt war, erfolgte zwar völlig rückhaltlos, doch kam in ihr zum Ausdruck, daß ein Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften nicht vorhanden ist und daß diese beiden Glieder der modernen Arbeiterbewegung einig handeln müßten, weil beide das gleiche Ziel erstreben, die Befreiung der Arbeiterklasse. Drei Exemplare des Protokolls der Verhandlungen der Konferenz wurden dem Parteivorstand zur Kenntnisnahme übermittelt, weil die Verhandlungen keineswegs gegenüber der Partei und der Parteileitung geheim gehalten werden sollten. Sie waren aber gleich allen Verhandlungen solcher Konferenzen nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Ein gegnerisches Blatt war jedoch in den Besitz des Protokolls gekommen und veröffentlichte längere Auszüge daraus. Nunmehr verlangte auch die Redaktion des „Vorwärts“ ein Protokoll zwecks Veröffentlichung. Dieses wurde von der Generalkommission mit der Motivierung verweigert, daß die Preisgabe interner Verhandlungen durch die Gegner der modernen Arbeiterbewegung, Angehörige der Arbeiterpartei nicht veranlassen könnte, nun gleichfalls die Verhandlungen zu veröffentlichen. Daraufhin forderte der Parteivorstand die Preisgabe des Protokolls, jedoch erklärte die Generalkommission im Einverständnis mit den Gewerkschaftsvorständen, daß das Protokoll nicht veröffentlicht werden solle. Der Parteivorstand glaubte jedoch, das Recht zu haben, trotzdem das Protokoll zu veröffentlichen. Dieses erschien am 11. August 1906 als Beilage zum „Vorwärts“. Die Generalkommission protestierte mit aller Entschiedenheit gegen diese Handlung und ist wohl mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die Gewerkschaften nicht wieder dem ausgesetzt werden, Verhandlungen ihrer internen Konferenzen in Parteiorganen oder durch Parteiorgane veröffentlicht zu sehen. Der Abschluß, den der Streitfall auf dem Parteitage in Mannheim fand, läßt einen solchen Schluß zu. Diejenigen, welche gar so arg auf Veröffentlichung des Protokolls drängten, dürften nicht auf ihre Rechnung gekommen sein. Ihr Sensationsbedürfnis scheint keine Befriedigung gefunden zu haben. Nach der Veröffentlichung des Protokolls kam eine merkwürdige Ruhe in die bisher stürmischen Gemüter, ein Zeichen dafür, daß die Konferenzverhandlungen durchaus nicht geeignet waren, Differenzen zwischen der Partei und den Gewerkschaften hervorzurufen oder vorhandene Differenzen zu verschärfen. Öffentlich haben die Auseinandersetzungen, an denen die Jahre 1905 und 1906 überreich waren, das Gute, daß in

Zukunft das heute bestehende einmütige Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaften nicht wieder durch Schriftsteller gekört wird, die einen größeren Wert auf revolutionäre Schlagworte, als auf praktische Mitarbeit in Reih und Glied der Arbeiterbewegung legen.

Die Ausstellung von Erzeugnissen der Heimarbeit, über deren Vorarbeiten im letzten Reichstagsbericht Mitteilung gemacht wurde, fand vom 17. Januar bis Ende Februar 1906 in Berlin statt. Die Wirkung der Ausstellung war momentan eine äußerst gute. Nachdem die deutsche Kaiserin die Ausstellung besucht hatte, gehörte es zum guten Ton, in den Gesellschaftskreisen, welche die kunstvollen Produkte brauchen, bei deren Herstellung die Heimarbeiterinnen langsam verhüngern, die Ausstellung gesehen zu haben. Auch Vertreter der Regierung kamen, fanden wohl auch ein Wort des Tadelns gegen die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft und kehrten zurück in die Regierungsatmosphäre, in welcher wohl Gedanken reifen können zur Vermehrung des Reichums ostelbischer Junker, nicht aber zur Beseitigung menschlichen Elends, wie es sich uns in der Heimarbeit darbietet. Allen Parteien im Reichstage gab die Ausstellung Anregung, gleich der sozialdemokratischen Partei mit Anträgen zum Schutze der Heimarbeiter zu kommen. Aber das warme Herz für den leidendsten Teil des Proletariats wurde kühler und scheint nunmehr böllig erkaltet, denn nur die sozialdemokratische Partei tritt heute noch für den Schutz der Heimarbeiter ein. Leider ist es ihr bei dem geringen Einfluß, den der Reichstag bezüglich seiner Initiativanträge hat, noch nicht gelungen, ihre Gesetzesvorschläge zur Verhandlung zu bringen.

Die Schlußabrechnung über die Heimarbeitsausstellung ergab einen Ueberschuß von zirka 3200 Mk. Die von den Gewerkschaften für die ausgestellten Gegenstände aufgewendeten Kosten sind hierbei nicht berücksichtigt. Die beteiligten Gewerkschaften haben verausgabt:

Für Ausstellungsobjekte	6 420,— Mk.
„ Transport	98,— „
„ Druckfachen	2 525,— „
„ Entschädigungen	1 321,— „
	<hr/> 10 364,— Mk.

Durch Verkauf der Gegenstände vereinnahmt	1 443,— „
Zufällige Ausgabe	8 921,— Mk.

Aus den beteiligten bürgerlichen Kreisen wurde vorgeschlagen, den Ueberschuß als Fonds anzulegen, der gelegentlich zu ähnlichen Zwecken Verwendung finden sollte. In einer Sitzung von Vertretern der an der Heimarbeitsausstellung beteiligten Gewerkschaften wurde mit 14 gegen 2 Stimmen beschlossen, den vorhandenen Ueberschuß zur Agitation gegen die Schäden der Heimarbeit zu verwenden. Ein dauerndes Zusammenarbeiten mit den an der Sache beteiligten Organisationen und Personen sei unmöglich, weil die Gegensätze in den politischen Anschauungen zu groß sind. Selbstverständlich werden jederzeit die Gewerkschaften zu einer gemeinsamen Aktion zur Bekämpfung der Heimarbeit bereit sein. In der Schlußsitzung des Kuratoriums wurde daraufhin beschlossen, den Ueberschuß in der Weise zu teilen, daß die eine Hälfte an die Generalkommission, die andere an das Bureau für Sozialpolitik abgeführt wird. Letzteres hat den ihm überwiesenen Anteil an die sonstigen an der Ausstellung beteiligten Organisationen in entsprechendem Verhältnis aufzuteilen. Der Generalkommission sind

darauf 1612,14 Mk. überwiesen. Diese Summe nebst weiteren 10 000 Mk. aus der Kasse der Generalkommission wurden dann zur Agitation gegen die Heimarbeit verwandt. Damit dürfte der Sache mehr gedient sein, als mit der Anlegung eines Fonds, der doch für den Zweck, dem er dienen sollte, auch nicht entfernt ausreicht, wie die Kosten der Agitation gegen die Heimarbeit zeigen. Sobald sich wiederum eine Ausstellung oder ein Heimarbeiterkongreß notwendig macht, werden auch Mittel in ausreichendem Maße von den Gewerkschaften zur Verfügung gestellt werden.

Durch den letzten Gewerkschaftskongreß wurde eine Regelung der Sammlungen für Streiks und Ausperrungen insofern herbeigeführt, daß diese Sammlungen der Kontrolle der Generalkommission unterstellt wurden. Es werden Beiträge nur noch dann geleistet, wenn nach Zustimmung der Mehrheit der Verbandsvorstände, eine Sammlung seitens der Generalkommission ausgeschrieben wird.

Nicht in allen Fällen, in welchen eine Organisation der Hilfe der anderen Gewerkschaften bedarf, machte sich eine Sammlung erforderlich. Mehrfach genügte es, wenn die angeschlossenen Verbände ersucht wurden, aus ihrem Kassenbestand der hilfebedürftigen Organisation Gelder zu bewilligen. In dieser letzteren Art wurden die Verbandsvorstände um Hilfeleistung ersucht für die Schneider, Ertrag 2788 Mk., Werftarbeiter, Ertrag 8875 Mk., Maschinene Arbeiter in Schweden, Ertrag 7900 Mk., Lederarbeiter, Ertrag 14 625 Mk., Wäschearbeiter Ertrag 9995 Mk., Seeleute, Ertrag 11 475 Mk., Textilarbeiter in Berviers, Ertrag 8600 Mk., Hafensarbeiter, Ertrag 20 500 Mk. Sammlungen wurden veranstaltet für die: Tabakarbeiter, Ertrag 55 309 Mk., Lithographen, Ertrag 225 101 Mk. und Buchbinder, Ertrag 96 414 Mk. Wenn auch durch die vom Gewerkschaftskongreß beschlossene und von den Konferenzen der Vorstandsvorstände näher präzisierete Resolution eine gewisse Regelung des Sammelwesens erfolgt ist, so hat sich doch in der Praxis gezeigt, daß die gegenseitige Unterstützung in den Kämpfen noch weiter ausgebildet werden muß.

In der verfloffenen Geschäftsperiode sind der Generalkommission angeschlossen worden die Verbände der Schirmmacher und der Photographen.

Agitation.

Zu den ständigen Einrichtungen, welche von der Generalkommission zur Förderung der Agitation in einzelnen Bezirken geschaffen wurden, sind in der verfloffenen Geschäftsperiode zwei neue getreten, die Agitationskommission für Nordbayern mit dem Sitz in Nürnberg und die Agitationskommission für Südbayern mit dem Sitz in München. Die Einsetzung dieser Kommissionen erwies sich deshalb als notwendig, weil vielfach an die Generalkommission aus den genannten Bezirken das Ersuchen gerichtet wurde, Beihilfe zur Agitation zu gewähren. Da es nicht möglich war, bei den Eingelanforderungen die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der in Aussicht genommenen Agitation nachprüfen zu können, ohne die Verhältnisse in dem Bezirk näher zu kennen, so veranlaßte die Generalkommission sowohl in Nürnberg als auch in München die Gau- und Agitationsleiter der gewerkschaftlichen Centralverbände zu einer Konferenz zusammenzutreten. Auf beiden Konferenzen kam man nach längerer Beratung zu dem Schluß, eine Kommission einzusetzen, welche die Nachprüfung der aus einzelnen Orten des Bezirkes gestellten Forderungen auf Agitationszuschüsse zu

beiterinnensekretariat eingerichtet und die Genossin A. Altmann mit der Leitung des Sekretariats betraut. Ueber die Tätigkeit des Sekretariats ist anschließend an den Bericht der Generalkommission ein Bericht von der Sekretärin gegeben.

Unterrichtskurse.

Die wiederholt auf den Gewerkschaftskongressen gegebene Anregung, eine Einrichtung zur Ausbildung und Fortbildung von Gewerkschaftsbeamten zu schaffen, ist in der verfloffenen Geschäftsperiode realisiert worden. Es ist zwar nicht zu verkennen, daß die nunmehr eingerichteten Unterrichtskurse nicht ausreichend sein können, wenn man von der Voraussetzung ausgeht, daß sie den Gewerkschaftsbeamten oder Gewerkschaftsagitatoren von Grund auf ausbilden und mit einem abgeschlossenen Wissen ausstatten sollen. Das aber ist mit den Unterrichtskursen nicht beabsichtigt und kann nicht beabsichtigt werden, wenn die Kurse nicht eine ganz bedeutende Verlängerung der Dauer erfahren sollen. Für die drei Kurse, welche im Jahre 1906 stattfanden, war eine Dauer von je vier Wochen vorgesehen, und für die Kurse von 1907 soll die Dauer um eine Woche verlängert werden. Jedoch ist die Zahl der Unterrichtsgegenstände um einen vermehrt. Zu den Vorträgen, welche in den Kursen von 1906 gehalten wurden, tritt für 1907 noch ein Vortrag über Strafrecht, so daß nur für einzelne Vortragende die Zahl der Unterrichtsstunden vermehrt werden konnte.

Die Kurse in ihrer heutigen Einrichtung können, wie bemerkt, nicht als ausreichend erachtet werden, um Gewerkschaftsbeamte völlig auszubilden. Sie können nur dazu dienen, die Teilnehmer in knapper Form in bestimmte Wissensgebiete einzuführen, ihnen durch Angabe der einschlägigen Literatur die Wege zum systematischen Fortstudium zu weisen. Betrachtet man dieses als den Zweck der Unterrichtskurse, so dürfte sich sagen lassen, daß der Zweck mit der neu geschaffenen Einrichtung völlig erreicht worden ist.

Statistik.

Im verfloffenen Jahre konnte zum erstenmal eine Statistik veröffentlicht werden, in welcher die Erfolge, die von der Arbeiterschaft sowohl durch die Lohnbewegungen, die ohne Arbeitseinstellung verliefen, als auch durch die Streiks erzielt wurden, dargestellt sind. Mit diesen Erhebungen dürften die Statistiken, welche von der Generalkommission zu führen sind, ihren Abschluß gefunden haben. Es werden bei der Fragestellung und bei der Bearbeitung der Statistiken wohl ständig Änderungen und Verbesserungen durchgeführt werden, wie dies auch in den letzten Jahren geschehen ist, doch wird die Zahl der regelmäßig aufzunehmenden Statistiken jedenfalls nicht mehr vermehrt werden. Es dürfte auch nach dem, was die Gewerkschaften durch die Generalkommission an statistischen Arbeiten leisten, allen Bedürfnissen Rechnung getragen sein.

Von den einzelnen Statistiken hat die über die Arbeitersekretariate insofern eine besondere Verbesserung erfahren, als die Materialien auf Grund einer einheitlichen Buchführung gewonnen werden.

Von der Generalkommission wurde im Anschluß an den letzten Gewerkschaftskongress eine Konferenz der Arbeitersekretäre berufen, auf welcher u. a. auch über eine einheitliche Buchführung in den Arbeitersekretariaten beraten wurde. Die Generalkommission arbeitete die Formulare für die Buchführung aus und stellte sie den Arbeitersekretariaten

gratis in beliebiger Anzahl zur Verfügung. Abgesehen davon, daß nunmehr in allen Sekretariaten die gleichen Bücher benutzt werden, erwuchs für die Generalkommission aus dieser Einrichtung der Vorteil, daß die Materialien für die Statistik in gleicher Art geliefert werden konnten, was bei der bisherigen verschiedenartigen Buchung in den Sekretariaten nicht möglich war.

Von dem Reichsstatistischen Amt wurden Vorschläge zur Verbesserung der durch die Gewerkschaften, welche Arbeitslosenunterstützung zahlen, erfolgenden Arbeitslosenzählungen gemacht. In einer Konferenz, an welcher zwei Vertreter des Reichsstatistischen Amtes teilnahmen, wurden diese Vorschläge beraten und erfolgte die Durchführung verschiedener Verbesserungen der Statistik.

So sehr das Reichsstatistische Amt sich bemüht, die Gewerkschaften für diese Statistik in Anspruch zu nehmen, so wenig zeigte es sich geneigt, bei der Streikstatistik sich der Hilfe der Gewerkschaften zu bedienen. Möglicherweise würde das Amt schon bereit sein, auch die Streikstatistik mit den Gewerkschaften gemeinsam zu machen, denn es kann ihm nicht gleichgültig sein, wenn sein Ansehen Jahr für Jahr durch den Nachweis herabgemindert wird, daß eine von ihm veröffentlichte Statistik falsch ist. Der Vergleich der amtlichen mit der gewerkschaftlichen Streikstatistik zeigt in jedem Jahr, daß in der amtlichen Statistik eine große Zahl Streiks fehlt. Für die Jahre, in welchen die Vergleiche gemacht sind, ergibt sich das folgende Bild:

Es fehlen Streiks und Aussperrungen in der amtlichen Statistik:

Jahr	Zahl	Beteiligte
1901	316	6 243
1902	314	5 888
1903	387	8 120
1904	481	9 505
1905	587	13 020
Summa	2085	42 776

Da die amtliche Streikstatistik, wie bekannt, auch den Charakter einer Kriminalstatistik hat, so könnte es den Gewerkschaften schon recht sein, wenn Jahr für Jahr nachgewiesen wird, daß die amtliche Statistik falsch ist. Aber die Gewerkschaften haben ein Interesse daran, eine vollkommene Streikstatistik zu erhalten, die sie selbst auch nicht zu schaffen vermögen, weil sie ohne Kenntnis bezüglich der Streiks unorganisierter oder anderer organisierter Arbeiter bleiben. Eine vollkommene Streikstatistik kann aber nur vom Statistischen Amt in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften gemacht werden. Die Gewerkschaften haben aber kein Interesse daran, eine Statistik zu vervollständigen, deren kriminalistische Ergebnisse gegen die Organisationen Verwendung finden sollen. An einer Statistik dagegen, welcher der kriminalistische Beigeschmack genommen ist, würden die Gewerkschaften sich beteiligen. Deshalb wandte sich die Generalkommission im Februar 1904 mit einer entsprechenden Eingabe an das Reichsamt des Innern. In den drei Jahren, die seitdem verfloffen sind, scheint das Reichsamt aber noch keine Zeit gefunden zu haben, die Sache zu prüfen, denn bisher hat die Generalkommission auf ihre Eingabe noch keine Antwort erhalten. Es soll also anscheinend dabei bleiben, daß das Reichsstatistische Amt eine falsche und unzureichende Streikstatistik alljährlich veröffentlicht.

besorgen und, soweit als möglich, selbständig in die Agitation einzugreifen und diese nach Kräften zu fördern hat. Beiden Kommissionen werden von der Generalkommission die für die Agitation erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt. Einen Beamten zur Leitung der Agitation anzustellen, hielt die Generalkommission nicht für erforderlich, weil in den Bezirken die größeren Verbände besoldete Gauleiter und die Gewerkschaften im allgemeinen schon feste Stützpunkte haben. In dem Bezirk der Agitationskommission für Südbayern gewährt die Generalkommission einen Zuschuß zur Erhaltung des Sekretariats in Wunsiedel, wodurch für diesen begrenzten Teil des Agitationsgebietes eine Agitationskraft freigestellt ist. Als Neueinrichtung, wenigstens insoweit die Generalkommission Anteil daran hat, kann auch die Agitationskommission für Schlesien und Posen, mit dem Sitz in Breslau gelten. Diese Kommission, gleichfalls aus den Gau- und Agitationsleitern des Bezirks zusammengesetzt, hat weniger selbständige Agitation zu betreiben, als vielmehr dahin zu wirken, daß die Gau- und Agitationsleiter sich bei der Agitation für die eigenen Verbände gleichzeitig auch bemühen, in den neugewonnenen Orten auch anderen Verbänden Eingang zu verschaffen und Verbindungen herzustellen. Als besondere Aufgabe hat die Kommission sich gestellt, Lokale für Versammlungen zu beschaffen, weil der Lokalmangel die Agitation in diesem Bezirk wesentlich erschwert. Bei den anderen Agitationskommissionen sind wesentliche Änderungen nicht eingetreten. Für das Sekretariat in Kattowitz ist ein zweiter Beamter angestellt worden, dem neben der Ausführung von Arbeiten im Sekretariat, die Agitationsarbeit für die Gewerkschaften obliegt. Obgleich die Auskunterteilung nur an Organisierte oder nicht Organisationsfähige erfolgt, hat sich die Arbeit im Sekretariat so vermehrt, daß dem Sekretär keine Zeit zur Förderung der gewerkschaftlichen Agitation mehr verblieb. Die Anstellung einer zweiten Arbeitskraft war deshalb erforderlich. Desgleichen hat sich die Generalkommission entschlossen, auch der Agitationskommission für Elßaß-Lothringen einen besoldeten Beamten zu stellen, weil sich nach der langjährigen Tätigkeit dieser Kommission zeigte, daß die laufende Arbeiten von den Genossen neben ihrer Berufstätigkeit nicht mehr ausgeführt werden konnten. Das Sekretariat für das Sauerland ist auf Wunsch der Beteiligten von Lüdenscheid nach Siegen verlegt worden. Das Siegerland ist bisher noch gar nicht für die Gewerkschaften gewonnen. In christlich-sozialer Art ist den Arbeitern bisher ihr Daseinszweck erläutert, und unter der Devise „Bete und arbeite“ haben sich, wie neuerdings durch die Untersuchungen des Metallarbeiterverbandes festgestellt ist, die erbärmlichsten Zustände in dem Bezirk entwickelt. Mit Hilfe des Sekretariats hofft man die Arbeiterschaft aus ihrer Lethargie zu erwecken und sie zu bewegen, für Beseitigung der elenden Arbeitsverhältnisse einzutreten.

Die Agitationskommissionen in Ost- und Westpreußen, in Posen, im Saargebiet und in Rheinland-Westfalen sind in der bisherigen Weise tätig gewesen und sind Änderungen bezüglich ihrer Einrichtungen nicht getroffen worden. Neben der Agitation, welche von diesen Kommissionen unter der Kontrolle und mit materieller Hilfe seitens der Generalkommission betrieben worden ist, wurde die Hilfe der Kommission aus den verschiedensten Gegenden für Agitationsunternehmungen angerufen. Teils wurden Flugblätter für bestimmte Zwecke, teils Mittel für Beschaffung von Referenten, teils

Beihilfe zur Agitation bei Krankenkassen- und Gewerbegerichtswahlen gefordert. Den gestellten Anforderungen konnte fast in allen Fällen entsprochen werden. Dagegen mußte der größte Teil der Anträge, nach welchen die Generalkommission dauernde Zuschüsse zu Arbeitersekretariaten geben oder ganz aus eigenen Mitteln solche Sekretariate einrichten und erhalten solle, abgelehnt werden.

In früheren Berichten ist dargelegt, daß nur unter gewissen Voraussetzungen ein Arbeitersekretariat sich als eine nutzbringende Agitationsstätte erweist. Sobald die Erhaltung des Sekretariats aber die finanzielle Leistungsfähigkeit der beteiligten Arbeiterkreise zu sehr anspannt, ist das Sekretariat in den meisten Fällen nicht förderlich, sondern hinderlich für die Agitationsarbeit. Deswegen hat die Generalkommission stets dringend von der Errichtung eines Sekretariats abgeraten, wenn demselben nicht eine gesunde finanzielle Grundlage gegeben werden konnte. Die Gewährung einer Beihilfe seitens der Generalkommission ist, entsprechend dem Beschluß des Frankfurter Gewerkschaftskongresses, davon abhängig, daß das betreffende Sekretariat in absehbarer Zeit sich aus den Mitteln der beteiligten Gewerkschaftskreise erhalten läßt. Diese Voraussetzung war bei den meisten Anträgen, die an die Generalkommission gestellt wurden, nicht gegeben und konnte deshalb nur ausnahmsweise eine Beihilfe für Arbeitersekretariate gewährt werden.

Auch den ungemein zahlreichen Anträgen zum Bau, Kauf oder zur Pachtung von Versammlungslökalen größere Geldmittel zur Verfügung zu stellen, konnte nur in sehr geringem Maße Rechnung getragen werden. Zwar hat die Generalkommission, entsprechend dem Beschluß der Konferenz der Vorstandsvertreter, in letzter Zeit nicht mehr unbedingt jeden Antrag, der auf den Erwerb eigener Lokale hinausging, abgelehnt, doch konnten nur ganz ausnahmsweise Mittel hierzu zur Verfügung gestellt werden.

Eine größere, von der Generalkommission selbst vorbereitete Agitation war die gegen die Heimarbeit, die in den letzten Monaten des Jahres 1906 betrieben wurde. Es wurden besonders in den Bezirken mit ausgedehnter Heimarbeit Versammlungen abgehalten, in welchen über den gesetzlichen Schutz der Heimarbeiter beraten wurde. Die Versammlungen sollten dazu beitragen, die bürgerlichen Parteien im Reichstage an die von ihnen versprochene gesetzliche Regelung der Heimarbeit zu erinnern. Deshalb wurden die von den Versammlungen gefaßten Beschlüsse dem Reichstage zur Kenntnisnahme unterbreitet. Durch die Auflösung des Reichstages wurde dann die in nahe Aussicht stehende Beratung des die Heimarbeit betreffenden Gesetzentwurfes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wieder hinausgeschoben, und von dem neuen Reichstag steht nicht zu erwarten, daß er sich in der ersten Session mit so untergeordneten Dingen wie Heimarbeiterschutz beschäftigen wird. Das könnte die nationale Begeisterung herabmindern, die so notwendig für Kolonialbewilligungen und Erschließung neuer Steuerquellen ist.

Jedenfalls darf die organisierte Arbeiterschaft von dem Kampfe gegen die Schäden der Heimarbeit nicht ablassen und wird die Agitation erneut in größerem Maßstabe vorgenommen und dauernd betrieben werden müssen.

Zur Förderung der Agitation unter den Arbeiterinnen wurde am 1. Oktober 1905 das Ar-

diese Landescentralen die gleichen Aufgaben zu erfüllen, wie sie der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zugewiesen sind. Ähnlich gestaltet ist die Tätigkeit der Landescentralen in der Schweiz.

In Oesterreich und Ungarn sind die Landescentralen derjenigen in Deutschland gleich, doch fällt ihnen auch die Regelung der Streitunterstützung zu. Beiträge für Streiks dürfen die Gewerkschaften in diesen Ländern, infolge Verbots durch die Gesetzgebung nicht leisten und müssen die erforderlichen Mittel außerhalb der Organisationen aufgebracht werden.

Diese Verschiedenartigkeit der Organisationsverhältnisse ermöglichte es nicht, feste Vereinbarungen unter den gewerkschaftlichen Landescentralen zu treffen. Die Vereinbarungen können sich nur darauf erstrecken, daß eine regelmäßige Berichterstattung erfolgt und daß gelegentlich gegenseitige Hilfe in den wirtschaftlichen Kämpfen gewährt wird, ohne daß eine Verpflichtung zur Leistung bestimmter Summen besteht. Unter diesen Bedingungen haben sich die gewerkschaftlichen Landescentralen der europäischen Länder vereinigt. Die erste Anregung zu einer solchen Vereinigung wurde 1901 von deutscher Seite gelegentlich des skandinavischen Arbeiterkongresses in Kopenhagen gegeben. Es folgte 1902 anschließend an den Gewerkschaftskongress in Stuttgart eine Konferenz der gewerkschaftlichen Landessekretäre, auf der allgemeine Regeln für die internationale Verbindung aufgestellt wurden. Die Konferenz erklärte, daß die Einberufung internationaler Gewerkschaftskongresse sich erübrige, weil die internationalen Arbeiterkongresse auch von den Gewerkschaften beichicht werden können und weil zur Lösung der Aufgaben, die den Gewerkschaften auf internationalem Gebiete zufallen, die Abhaltung von Konferenzen der gewerkschaftlichen Landessekretäre genüge. Diese Konferenzen sollen stets zur Zeit des Landeskongresses des Landes stattfinden, in welchem der Kongress tagt, so daß den Landessekretären Gelegenheit geboten wird, die Einrichtungen der Landesorganisationen kennen zu lernen. Dadurch erübrigt sich die Delegation der einzelnen Landescentralen zu den Landeskongressen in den einzelnen Ländern. Die dritte internationale Konferenz wurde im Anschluß an den Kongress der General Federation of Trade Unions 1903 in Dublin und die vierte im Anschluß an den Landeskongress der Niederländischen Gewerkschaften 1905 in Amsterdam abgehalten und die fünfte wird im Anschluß an den skandinavischen Arbeiterkongress 1907 in Kristiania stattfinden. Auf der Konferenz in Stuttgart 1902 wurde die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands als internationale Centralstelle bestimmt und auf den Konferenzen in Dublin und Amsterdam der Vorsitzende der Generalkommission zum internationalen Sekretär erwählt. Von 1902 bis 1904 wurden von den Landescentralen als Beitrag für das internationale Sekretariat 50 Pf. und von 1905 ab wird 1 Mk. pro Jahr und 1000 angeschlossener Mitglieder gezahlt.

Angeschlossen sind an das internationale Sekretariat die Landescentralen von England, Frankreich, Niederlande, Belgien, Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Serbien, Bulgarien, Schweiz, Italien und Spanien.

Alljährlich berichten die Landescentralen an den internationalen Sekretär über die Gewerkschaftsbewegung und Arbeiterschutzesetzgebung ihres Landes. Der internationale Sekretär stellt die Berichte zusammen und veröffentlicht sie in deutscher, englischer und französischer Sprache. Bis her sind drei solcher Berichte (für 1903, 1904 und 1905) er-

schienen, die in einer Auflage von 3000 in deutscher und je 1000 in englischer und französischer Sprache herausgegeben sind. In den skandinavischen Ländern wird der Bericht abwechselnd von Dänemark, Schweden und Norwegen in die Landessprache übersetzt und in den drei Ländern verbreitet.

Die Berichte sind, weil die Auflage noch zu gering, ziemlich teuer und konnten die Ausgaben bisher aus den Beiträgen der angeschlossenen Länder nicht völlig gedeckt werden. Da diese Berichterstattung aber wesentlich zur Festigung der internationalen Verbindung der Gewerkschaften beiträgt, und deshalb erwünscht ist, an der jährlichen Herausgabe eines Berichtes festzuhalten, so wurde von Deutschland neben dem regelmäßigen Beitrag im Jahre 1906 ein außerordentlicher Beitrag von 3000 Mark an das internationale Sekretariat geleistet.

Die Berichterstattung war im letzten Jahre erheblich umfangreicher und präziser als in den Vorjahren, und bietet der internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung schon heute ein übersichtliches Bild der Bewegung in den angeschlossenen Ländern.

Mit den Uebersetzungsarbeiten für das internationale Sekretariat ist die Genossin Ida Altmann betraut, die, wie an anderer Stelle des Rechenschaftsberichtes erwähnt ist, gleichzeitig für die Förderung der Agitation unter den Arbeiterinnen von der Generalkommission Ende 1905 angestellt wurde.

„Correspondenzblatt“, Jahrbuch, Gewerkschaftliches, „L'Operaio Italiano“, „D swiata“, Flugblätter.

Der Inhalt des „Correspondenzblattes“ ist nach Möglichkeit verbessert und ausgestaltet worden. Der Stoffandrang war mehrfach so groß, daß die Generalkommission auf Anregung der Redaktion sich wiederholt mit der Frage beschäftigte, in welcher Weise das Blatt entlastet und sein Inhalt doch umfangreicher gestaltet werden könne. Es wurde beschlossen, die Auslandsberichte kürzer zu fassen und die Adressenverzeichnisse in einer vierteljährlich herauszugebenden Beilage zu veröffentlichen. Dadurch sollte mehr Raum für sonstige Mitteilungen und Artikel geschaffen werden.

Von der Redaktion wurde dann weiter der Wunsch geäußert, die umfangreichen Statistiken in dem Blatt nicht mehr zu veröffentlichen, sie vielmehr in Vierteljahresheften, die dann am Jahreschluß zu einem „Gewerkschaftlichen Jahrbuch“ vereinigt werden sollten, zu bringen. In den Vierteljahresheften sollten auch die längeren Berichte über die Generalversammlungen und Kongresse veröffentlicht werden. Im „Correspondenzblatt“ selbst sollten nur kurze Auszüge aus den Statistiken und Berichten gebracht werden. Der Plan hat sowohl in den Sitzungen der Generalkommission als auch auf einer Konferenz der Vorstandsvertreter zur Beratung gestanden, doch konnte eine völlige Uebereinstimmung über seine Durchführung noch nicht herbeigeführt werden. Gegen die Veröffentlichung der Statistiken in einem in verhältnismäßig kleiner Auflage erscheinenden Jahrbuch wurden von verschiedenen Verbandsvorständen Bedenken geltend gemacht. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Statistiken, die wertvolles Agitationsmaterial enthielten, dann nur einem kleinen Teil der in der Gewerkschaftsbewegung Tätigen zugänglich gemacht würden. Es wurde, als der geeignetste Ausweg, von der Generalkommission dann beschlossen, die Statistiken in Beilagen zum „Correspondenzblatt“ zu veröffentlichen. Die Beilagen sollen für sich nummeriert werden, so daß sie am Jahreschluß zusammengefügt werden können

Konferenzen, Generalversammlungen und Kongresse.

Von der Generalkommission wurde in der verflossenen Geschäftsperiode eine größere Anzahl von Konferenzen veranstaltet. So eine Konferenz von Vertretern der Organisationen, welche Mitglieder in Eisenbahnbetrieben haben, sowie eine Konferenz von Vertretern der an den Werftbetrieben beteiligten Organisationen. Ferner wurde von der Generalkommission eine Konferenz der Ziegler einberufen. An der schon erwähnten Konferenz bezüglich Ausbau der Arbeitslosenstatistik nahmen auf Vorschlag der Generalkommission auch Vertreter der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine und christlichen Gewerkschaften, sowie sonstiger an der Arbeitslosenzählung beteiligter Organisationen teil. Der Vorschlag wurde gemacht, damit die Vertreter des Reichsstatistischen Amtes nicht eine größere Zahl Konferenzen mit den einzelnen Organisationen abzuhalten genötigt waren.

In den einzelnen Außenbezirken, in welchen die Agitationskommissionen tätig sind, fanden gleichfalls Konferenzen statt, wie auch zur Regelung von Grenzstreitigkeiten wiederum zahlreiche Besprechungen der Vertreter der beteiligten Organisationen sich notwendig machten. Zu den Genossenschaftstagen wurde regelmäßig ein Vertreter der Generalkommission entsandt. Auch zu dem außerordentlichen österreichischen Gewerkschaftskongress entsandte die Kommission eines ihrer Mitglieder. Dagegen lehnte sie die Teilnahme an einem internationalen Kongress ab, der in Mailand tagte und über das Problem der Arbeitslosigkeit beraten hat. Die Generalkommission war der Meinung, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zunächst national erfolgen müsse, ehe auf internationalem Gebiete Schritte unternommen werden können und die Beratungen des Kongresses deswegen ohne praktischen Erfolg sein würden. Auch der Anforderung, einen Arbeiterinnentag in Gemeinschaft mit bürgerlichen Sozialreformern zu berufen, gab die Generalkommission keine Folge, wie sie auch die Teilnahme an der dann später einberufenen Tagung ablehnte.

In den Jahren 1905 und 1906 hielten die meisten Verbände Generalversammlungen und Kongresse ab. 1905 fanden statt die Generalversammlungen der Organisationen folgender Berufe:

Asphalteure, August in Berlin; Barbier, 22. August in Leipzig; Bergarbeiter, 10. Juni in Berlin; Böttcher, 15. Mai in München; Buchdrucker, 19. Juni in Dresden; Buchdruckerei-Hilfsarbeiter, 11. Juni in Halle a. S.; Bureauangestellte, 3. September in Berlin; Dachdecker, 27. Dezember in Braunschweig; Süddeutsche Eisenbahner, 11. Juni in Stuttgart; Fleischer, 3. September in Leipzig; Formstecher, 7. August in Köln a. Rh.; Gärtner, 20. Juli in Hamburg; Lagerhalter, 16. Juli in Hamburg; Metallarbeiter, 12. Juni in Leipzig; Porzellanarbeiter, 11. Juni in Berlin; Schiffszimmerer, 14. Mai in Rathenow; Schirmmacher, 31. Dezember in Frankfurt a. M.; Tabakarbeiter, 2. Oktober in Leipzig; Werftarbeiter, 11. Juni in Kiel und 9. Oktober in Bremerhaven.

1906 wurden 27 Generalversammlungen, Verbandstage und Kongresse abgehalten, und zwar von folgenden Organisationen:

Bergarbeiter, 11. Februar in Essen; Brauereiarbeiter, 12. Juni in Köln a. Rh.;

Buchdrucker Elsaß-Lothringen, 15. April in Strassburg; Fabrikarbeiter, 5. August in Leipzig; Gastwirtsgehilfen, 24. April in Köln a. Rh.; Gemeindearbeiter, 28. Mai in Mainz; Glaser, 15. April in Mannheim; Hafnarbeiter, 26. Februar in Stettin; Handlungsgehilfen, 4. Juni in Chemnitz; Holzarbeiter, 20. Mai in Köln a. Rh.; Konditoren, 3. Juni in Hamburg; Kürschner, 18. April in Weihenfels; Maschinisten, 15. April in Mannheim; Sattler, 14. April in Dresden; Schmiede, 13. Mai in Berlin; Schneider, 16. August in Berlin; Schuhmacher, 11. Juni in Nürnberg; Steinarbeiter, 2. April in Nürnberg; Stukkateure, 16. April in Leipzig; Tabakarbeiter, 29. Januar in Berlin; Tapezierer, 3. Juli in Frankfurt a. M.; Textilarbeiter, 15. April in Mühlhausen i. Th.; Vergolder, 16. April in Leipzig; Wäschearbeiter, 15. April in Berlin; Allgemeiner Schulkongress der in Schiffahrt und Schiffbau beschäftigten Personen, 19. März in Berlin; Allgem. Kongress der Handelsarbeiter, 15. April in Berlin; Allgemeiner Hilfskassenkongress, 16. Januar in Berlin.

Nur an 7 von den 47 Generalversammlungen und Kongressen, die 1905 und 1906 stattfanden, nahmen Vertreter der Generalkommission nicht teil, und zwar an den Generalversammlungen der Verbände der Asphalteure, Barbier, Böttcher, Buchdrucker (Elsaß-Lothringen), Handlungsgehilfen, Tabakarbeiter und Tapezierer. Von den Organisationsleitungen war der Wunsch, einen Vertreter der Generalkommission zu den Generalversammlungen zu entsenden, nicht geäußert worden.

Internationale Verbindung.

Die Verbindung mit den gewerkschaftlichen Landescentralen der europäischen Länder ist in den letzten Jahren wesentlich befestigt und so ausgebaut worden, als sie nach den gegebenen Verhältnissen ausgebaut werden kann. Voraussetzung für eine enggeschlossene internationale Verbindung ist möglichst gleichartige Gestaltung der Gewerkschaften in den einzelnen Ländern. Diese ist wohl bei den Gewerkschaften einzelner Berufe vorhanden und können deshalb die einzelnen Berufsorganisationen festere internationale Verbindungen schaffen, sie fehlt aber noch in mehreren Ländern für die Gesamtheit der Gewerkschaften. Zwar ist das Prinzip, die Gewerkschaften in einer Landeszentrale zu vereinigen, in allen Ländern, in denen es eine nennenswerte Gewerkschaftsbewegung gibt, durchgeführt. Jedoch sind die Aufgaben, welche diese Landescentralen zu erfüllen haben, nicht gleichartig. In England haben sich in der General Federation of Trade Unions die Gewerkschaften zu dem Zwecke vereinigt, eine gemeinsame Streikklasse zu schaffen, aus der den angeschlossenen Organisationen ein Teil der erforderlichen Streikunterstützung gezahlt wird. Diese Vereinigung umfaßt jedoch nur 501 299 von 1 866 756 gewerkschaftlich organisierten. Die gesamten Organisationen Englands vereinigen sich in dem Trade Unions Congress, auf dem allgemeine Arbeiterfragen erörtert werden, der jedoch keine festgeschlossene Vereinigung der Gewerkschaften bildet.

In den skandinavischen Ländern (Dänemark, Schweden und Norwegen) haben die Landescentralen die Regelung der Streikunterstützung und zahlen die angeschlossenen Gewerkschaften für diese Unterstützungsfeste Beiträge. Im übrigen haben

und so einen Band statistischer Beilagen zum „Correspondenzblatt“ bilden. Diese Neuerung soll mit dem Jahre 1907 durchgeführt werden und wird sich dann ergeben, ob sie sich praktisch bewährt. Die Ausgabe für diese Einrichtung wird zwar erheblich größer sein, als wenn ein besonderes Jahrbuch herausgegeben würde, weil dieses in geringerer Auflage erschienen wäre, während die Auflage des „Correspondenzblattes“ eine beträchtliche Höhe erreicht hat. Im April 1905 betrug die Auflage des Blattes 16 400, Anfang 1906 17 700 und Ende 1906 21 100 Exemplare. Für das Jahrbuch war nur eine Auflage von 5000 Exemplaren vorgesehen. Die größere Ausgabe dürfte aber gegenüber dem Umstand, daß dann nach wie vor alle Vertrauenspersonen der Gewerkschaften die Statistiken erhalten, kaum ins Gewicht fallen.

Die italienische Zeitung „L'Operaio Italiano“ erscheint auf Wunsch der Organisationen, welche das Blatt beziehen, seit dem 1. Januar 1906 achttägig vierseitig in etwas vergrößertem Format. Die Auflage des Blattes ist gegenüber den früheren Jahren wesentlich gestiegen. Sie betrug bis Anfang 1905 höchstens 4900 Exemplare und stieg Ende 1906 auf 12 300 Exemplare. Auch die Auflage des polnischen Organs „Oswiata“, das gleichfalls seit dem 1. Januar 1906 achttägig, vierseitig in vergrößertem Format erscheint, hat sich gehoben von 3700 Anfang 1905 auf 6000 Exemplare Ende 1906. Eine Erhöhung der Redaktionsausgaben ist durch das achttägige Erscheinen der Blätter nicht herbeigeführt. Nur für die Expedition, welche von den Redakteuren zum Teil nicht weiter ausgeführt werden konnte, war eine erhöhte Ausgabe erforderlich.

Von der Generalkommission wurden 2 Flugblätter herausgegeben. Das eine behandelte an der Hand authentischen Materials das Treiben der Unternehmerorganisationen, das andere diente der Agitation zum Schutze der Heimarbeiter. Beide Flugblätter erschienen in einer Auflage von je zwei Millionen Exemplaren.

Der Gewerkschaftsausschuß hielt vom Mai 1905 bis zum 31. Dezember 1906 6 Sitzungen, die Generalkommission im gleichen Zeitraum 87 Sitzungen ab.

Berlin, 30. März 1907.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

C. Legien, Vorsitzender.

Rassenbericht.

Der Etat der Generalkommission hat im verfloffenen Jahre wiederum eine Steigerung erfahren. Seit dem Stuttgarter Gewerkschaftstongreß ist letzteres ununterbrochen der Fall gewesen, wie aus folgender Aufstellung hervorgeht.

	Reineinnahme	Reinausgabe
1902	70 976,21 Mk.	73 143,80 Mk.
1903	93 489,48 "	86 388,65 "
1904	154 716,14 "	94 183,58 "
1905	210 559,41 "	131 497,91 "
1906	242 766,32 "	190 557,10 "

Infolge der erhöhten Einnahmen konnte den verschiedensten Anforderungen mehr als bisher Rechnung getragen werden. Namentlich in bezug auf Agitation ist das weitgehendste Entgegenkommen gezeigt worden. Der Titel „Agitation“ weist denn auch eine Steigerung von mehr als Hundert Proz. auf. Die Agitationskommissionen, welche in jenen industriellen Landesteilen eingesetzt sind, in denen die Gewerkschaftsbewegung noch wenig entwickelt ist, sind weiter ausgebaut und ergänzt worden.

Für Oberschlesien wurde ein zweiter Sekretär eingestellt. Desgleichen ist beschlossen, einen Sekretär für Elsaß-Lothringen einzustellen. In Ober- und Niederbayern haben sich Agitationskommissionen gebildet, die ebenfalls von der Generalkommission subventioniert werden. Einen Beschluß der Vorstände-Konferenz entsprechend sind für Beschaffung von Versammlungslokalen große Aufwendungen gemacht worden. So besonders für Oberschlesien, Ost- und Westpreußen. Zum Teil sind solche Lokale auf bestimmte Zeit gemietet, zum Teil werden Zuschüsse an Lokalinhaber geleistet. Die gemieteten Lokale mußten verschiedentlich umgebaut werden, wodurch wiederum nicht unbedeutende Kosten entstanden. Die hieraus erwachsenden Ausgaben sind nur zum geringen Teil in der Abrechnung besonders aufgeführt, der größte Teil dieser Ausgaben ist in den Beträgen, die den Agitationskommissionen zugesprochen sind, enthalten. Ingesamt wurde im vergangenen Jahre für Erhaltung und Beschaffung von Versammlungslokalen, einschließlich Umbaukosten, 15 809,36 Mk. ausgegeben. Eine größere Ausgabe verursachte ferner die Herausgabe des Flugblatts 7 „Der organisierte Kampf der Unternehmer gegen die Arbeiter“. Die Auflage betrug 2 000 000. Die Agitation zur Bekämpfung der Heimarbeit erforderte ebenfalls eine größere Summe; der unter Titel „Agitation o“ aufgeführte Betrag ist ungefähr die Hälfte der hierdurch entstandenen Gesamtkosten. Die andere Hälfte ist im neuen Jahre verbucht, da die Rechnungen später einliefen.

Unter den übrigen Ausgaben-Positionen weisen nennenswerte Steigerungen noch auf das Bureau der Generalkommission und die Beiträge an das internationale Sekretariat. Im ersteren Falle ist die Steigerung verursacht durch die Erweiterung des Bureaus sowie Anstellung des zweiten Vorsitzenden und Beschäftigung eines Hilfsarbeiters; im anderen Falle dadurch, daß dem internationalen Sekretär auf seinen Antrag ein einmaliger Extrabeitrag von 3000 Mk. überwiesen wurde. Ein Novum bildet die Position Unterrichtsfürs, die Ausgaben dafür, die sich für die drei Kurse insgesamt auf 6211,31 Mk. belaufen, stellen also einen nicht unerheblichen Teil der Mehrausgabe dar.

Im Gegensatz zum „Correspondenzblatt“, dessen Etat eine wesentliche Veränderung nicht erfahren hat, sind die Einnahmen und Ausgaben für „L'Operaio Italiano“ und „Oswiata“ höher als im Jahre vorher. Beide Blätter erscheinen seit dem 1. Januar 1906 wöchentlich, während sie früher nur alle vierzehn Tage herauskamen. Außerdem war die Auflage des „L'Operaio Italiano“ um rund 4500 und die der „Oswiata“ um rund 1500 im Durchschnitt größer als im Jahre 1905.

Das Vermögen der Generalkommission wurde auch im verfloffenen Jahre, soweit es möglich war, ausgeliehen an Verbände, die gezwungen waren, die Hilfe der Generalkommission in Anspruch zu nehmen. Einschließlich eines Saldo-Vortrages von 36 932,67 Mk. erhielten 15 Gewerkschaften insgesamt die Summe von 177 632 Mk., 7 Gewerkschaften zahlten im Laufe des Jahres zusammen 84 141,73 Mk. zurück, so daß am Jahresluß noch 93 490,94 Mk. ausstanden.

Außerdem wurden für mehrere Verbände, die eine direkte finanzielle Unterstützung der übrigen Gewerkschaften bei der Generalkommission nachsuchten, unter Zustimmung der Zentralvorstände Sammlungen ausgeschrieben und zwar für die Lithographen und Steinrunder und für die Buch-

under allgemeine und für die Seeleute, Binnen-schiffer und Textilarbeiter in Verbiers sogenannte beschränkte Sammlungen. Die letzteren erstrecken sich nur auf die Zentralvorstände. Der Gesamt-ertrag beläuft sich auf 363 749,65 Mk. Ueber die Verteilung der Gelder gibt die nachfolgende Abrechnung, die gesondert aufgeführt ist, genügenden Aufschluß.

Jahresabrechnung 1906.**Einnahme:**

a) Generalkommission:		
1. Bestand am Schluß des Jahres 1905		202 555,72 Mk.
2. Beiträge der Gewerkschaften	210 777,03	
3. Verlag	3 329,97	
4. Für Agitationskommission Sauer- und Siegerland	2 000,—	
5. Für Arbeitersekretariat St. Johann-Saarbrücken	2 100,—	
6. Heimarbeitersausstellungs-Heberschuß	1 612,14	
7. Zinsen	5 369,70	
8. Diverse Einnahmen	76,55	225 265,39 "
b) „Correspondenzblatt“:		
1. Gewerkschaftskartelle und Ortsverwaltungen	2 039,19	
2. Abonnement	1 735,21	
3. Einzelverkauf	126,45	3 900,85 "
c) „L'Operaio Italiano“:		
1. Beteiligte Gewerkschaften	7 745,82	
2. Abonnement	80,52	7 826,34 "
d) „Oswiata“:		
1. Beteiligte Gewerkschaften	5 742,96	
2. Abonnement	30,78	5 773,74 "
	Summa	445 322,04 Mk.

Ausgabe:

a) Generalkommission:		
1. Agitation:		
a) Agitationskommission für Ost- u. nördliches Westpreußen	6 900,—	
b) Agitationskommission für südliches Westpreußen u. Posen	6 200,—	
c) Agitationskommission für Oberschlesien	12 250,—	
d) " " Sauer- und Siegerland	4 100,—	
e) " " das Saargebiet	1 800,—	
f) " " Elsaß-Lothringen	1 500,—	
g) " " Rheinland und Westfalen	200,—	
h) " " Ober-Bayern	500,—	
i) Arbeitersekretariat Kattowitz	3 450,—	
k) " " St. Johann-Saarbrücken	3 273,20	
l) Mietszuschüsse	1 650,—	
m) Vertreterwahlen zum Reichsversicherungsamt	1 023,67	
n) Flugblatt 7	11 418,55	
o) Agitation für die Heimarbeiter	4 983,72	
p) Allgemeine Agitation	9 505,70	68 754,84
2. Generalversammlungen und Konferenzen:		
a) Konferenzen der Zentralvorstände	7 240,70	
b) Ziegler-Konferenz	961,85	
c) Generalversammlungen, Delegationen	2 123,95	
d) Diverse Konferenzen	730,30	11 056,80
3. Verlag:		
a) Druck und Papier	600,—	
b) Expedition	98,—	698,—
4. Bücher und Zeitschriften:		
a) Bücher	429,85	
b) Zeitschriften	217,10	
c) Buchbinderarbeiten	187,80	834,75
5. Drucksachen und Inserate:		
a) Drucksachen	5 795,05	
b) Inserate	4,90	5 799,95
6. Prozeßgebühren		2 019,05
7. Mobilien		523,90
8. Beitrag an den internationalen Sekretär		4 845,—
	Uebertrag	94 032,29

9. Verwaltungskosten:	Uebertrag	94 032,29	
sächliche:			
a) Miete, Licht, Heizung, Telefon	2 940,17		
b) Vereinigung der Bureaus	785,90		
c) Schreibmaterial und Bureauuntersilien	2 281,93		
d) Porto des Vorsitzenden, Kassierers und Arbeiterinnen-Komitees	1 505,10	7 518,10	
persönliche:			
a) Gehälter	12 730,—		
b) Lohn für Hilfsarbeiter	1 506,50		
c) Sitzungs- und Revisionsentschädigung	687,75		
d) Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft, Invalidität und Krankenkasse	195,20	15 119,45	
10. Unterrichtskurse:			
a) Mobiliar	460,40		
b) Schuluntersilien	337,31		
c) Bücher	122,75		
d) Drucksachen	658,90		
e) Miete, Licht, Vereinigung	526,88		
f) Porto	15,07		
g) Lehrer-Honorar	4 092,—	6 211,31	
11. Diverse Ausgaben		426,30	123 302,45 Mk.
a) „Correspondenzblatt“:			
1. Redaktion:			
a) Gehälter	5 280,—		
b) Honorar für Mitarbeiter	3 113,67		
c) Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft	72,—		
d) Bücher und Zeitungen	496,42		
e) Porto	15,21	8 977,30	
2. Druck und Papier		21 377,80	
3. Expedition		4 150,50	34 505,60 „
b) „L'Operaio Italiano“:			
1. Redaktion:			
a) Gehälter	2 640,—		
b) Honorar für Mitarbeiter	39,30		
c) Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft	36,—		
d) Bücher und Zeitungen	54,70		
e) Porto	50,93	2 820,93	
2. Druck und Papier		7 616,90	
3. Expedition		1 191,25	
4. Diverse Ausgaben		39,10	11 668,18 „
d) „Oswiata“:			
1. Redaktion:			
a) Gehälter	2 400,—		
b) Honorar für Mitarbeiter	42,54		
c) Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft	36,—		
d) Bücher und Zeitungen	161,52		
e) Schreibmaterial	19,20		
f) Miete, Licht, Heizung	193,90		
g) Porto	19,38	2 872,54	
2. Druck und Papier		5 357,80	
3. Expedition		1 215,81	
4. Diverse Ausgaben		103,95	9 549,60 „
e) Zentral-Arbeitersekretariat:			
1. Verwaltungskosten:			
sächliche:			
a) Schreibmaterial und Bureauuntersilien	195,90		
b) Bücher und Zeitschriften	105,95		
c) Drucksachen	55,50		
d) Porto	667,—	1 024,35	
persönliche:			
a) Gehälter	9 890,—		
b) Hilfsarbeiter	450,—		
c) Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft, Invalidität und Krankenkasse	126,72		
d) Diverse Ausgaben	40,20	10 506,92	11 531,27 „
	Uebertrag		190 557,10 Mk.

i) Vermögensbestand:		Uebertrag	190 557,10 M.
a)	Effekten	27 000,—	
b)	Girokonto	133 867,43	
c)	Debitoren	93 490,94	
d)	Kasse der Generalkommission	149,20	
e)	" " Oswiata	257,37	254 764,94 "
		Summa	445 322,04 M.

Streiks und Aussperrungen 1906.**Einnahme:**

1.	Bestand am Schluß des Jahres 1905	1 570,87 M.	
2.	Streik der Seeleute:		
a)	Zentralvorstände	11 475,— "	
3.	Aussperrung der Lithographen und Steindrucker:		
a)	Zentralvorstände	*58 000,—	
b)	Ortsverwaltungen	11 683,60	
c)	Gewerkschaftsartelle	153 623,93	
d)	Sonstige Sammlungen	1 793,89	
4.	Aussperrung der Buchbinder:		
a)	Zentralvorstände	15 100,—	
b)	Ortsverwaltungen	3 293,75	
c)	Gewerkschaftsartelle	77 778,80	
d)	Sonstige Sammlungen	242,25	
5.	Aussperrung der Textilarbeiter in Verbier:		
a)	Zentralvorstände	8 600,— "	
6.	Streik der Winenschiffer:		
a)	Zentralvorstände	20 500,— "	
7.	Allgemeine Streiks und Aussperrungen	87,56 "	
		Summa	363 749,65 M.

Ausgabe:

1.	An den Verband der Seeleute	11 475,— M.	
2.	" " " " Lithographen und Steindrucker	*173 000,— "	
3.	" " " " Buchdruckerei-Hilfsarbeiter	36 000,— "	
4.	" " " " Dachdecker	5 000,— "	
5.	" " " " Buchbinder	94 811,15 "	
6.	" " " " Hafenarbeiter	20 500,— "	
7.	" " " " Wäschearbeiter	1 658,43 "	
8.	Commission Syndicale Brüssel	8 600,— "	
9.	Saldo	12 705,07 "	
		Summa	363 749,65 M.

Berlin, den 14. Februar 1907.

Hermann Kube, Kassierer.

Revidiert und für richtig befunden.

Die Revisoren der Generalkommission:
G. Sabath. A. Cohen.Die Revisoren des Ausschusses:
G. Eifler. R. Heyold.

* Darunter 29 000 M. Darlehen.

Bericht des Arbeiterinnen-Sekretariats.

Daß eine intensivere Agitation unter den Arbeiterinnen entfaltet werden muß als bisher, wurde von den letzten Gewerkschaftskongressen rückhaltlos anerkannt. Die Heranziehung der Arbeiterinnen zur Organisation und ihre weitere Aufklärung durch deren Veranstaltungen geschah in derselben Weise, wie es bei den Männern gemacht wurde, durch persönliche Agitation unter der Mitarbeiterschaft, durch Werkstätten-, bezw. Fabrikversammlungen und durch öffentliche Versammlungen, und daß die hierin von Gewerkschaftsgenossen und Genossinnen geleistete Arbeit erfolgreich war, beweist ja der Umstand, daß von Jahr zu Jahr neue tausende weiblicher Arbeiter für die Organisation gewonnen wurden. Ihre Zahl, die 1904 48 604 betragen hatte, stieg 1905 auf 74 411, also um reichlich 53 Proz., was gewiß recht erfreulich war. Dennoch ist dieses Häuflein organisierter Arbeiterinnen verschwindend klein gegenüber den immer neuen Hunderttausenden weiblicher Personen, die in

das Erwerbsleben, die Lohnarbeit, hineingezogen werden.

Woher es kommt, daß von der Gesamttheit der Arbeiterinnen nur erst etwas über 7 vom Hundert gewerkschaftlich organisiert sind, ist dem im Arbeiterleben Stehenden vollkommen klar. Er weiß, daß die Arbeiterin nach getanem Tagewerk in Fabrik oder Werkstatt heimweilt, um nun von neuem an die Arbeit zu gehen, an die häusliche Arbeit des Waschens, Nähens, Kochens usw., während der Arbeiter jetzt ausruhen, lesen, Vorträge besuchen kann, um sich weiterzubilden; er weiß, daß die Frau vom politischen Leben fast in allen Teilen Deutschlands ausgesperrt ist, daß sie vielfach durch die überwachenden Beamten selbst aus Versammlungen von Gewerkschaften hinausgewiesen wird, wenn diese an den betreffenden Orten den Geseßeswächtern als „politisch“ erscheinen.

Um diesen besonderen Gemmungen der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen entgegenzuwirken, nicht um diesen eine Sondereinrich-

zung zu schaffen, wurde das Arbeiterinnen-Sekretariat ins Leben gerufen.

Es erhielt kein Reglement, keine bestimmte Marschroute. Seine Aufgabe war, in dem bestehenden wohlgefügten Bau der Gewerkschaftsorganisation zu wirken, um mehr Frauen heranzuziehen, die organisierten zu klareren Begriffen und besserem Verständnis zu führen und ein noch gründlicheres gegenseitiges Verständnis zwischen Arbeiter und Arbeiterin anzubahnen, als es bisher zu finden gewesen, wo oftmals das Konkurrenzverhältnis einer vollen Kollegialität naturgemäß Abbruch tun mußte.

Wie sehr die Einrichtung eines Arbeiterinnen-Sekretariates dem Bedürfnis der Gewerkschaften entsprach, zeigte sich bald. Wenige Tage schon, nachdem die Generalkommission die Mitteilung davon veröffentlicht hatte, liefen Anfragen, die Agitation unter den Arbeiterinnen betreffend, ein, kamen Ersuchen, geeignete Referentinnen für Versammlungen zu beschaffen, und was besonders wertvoll war und sicher schon jetzt gute Früchte gezeitigt hat, es kamen Organisationsleiter, um persönlich über Einzelheiten der Agitation, diese oder jene zu unternehmende Aktion Rücksprache zu nehmen.

Nach Ablauf des ersten Halbjahres seiner Tätigkeit richtete das Sekretariat an die Vorstände von 29 Verbänden, die Berufe mit zahlreicher weiblicher Arbeiterkraft umfassen, eine Rundfrage, durch welche die Ansicht dieser Centralvorstände über die geeignetste Art und Zeit zur Agitation in diesen Berufen festgestellt werden sollte. — Die eingegangenen Antworten bestätigten, daß von jeder Schematisierung abgesehen werden mußte, eine allgemeine gleichzeitig einsetzende Agitation verfehlt wäre, daß, um wirksam zu sein, die Agitation sich nach den besonderen Verhältnissen jedes Berufes, jeder Gegend zu richten hätte.

Die Inanspruchnahme des Sekretariates durch die einzelnen Organisationen war recht verschieden, wie dies aus der Häufigkeit der Zuschriften als auch der Zahl der veranstalteten Versammlungen ersichtlich ist.

Die Zahl der Zuschriften, Briefe und Karten, belief sich bis zum 25. März 1907 auf 221; dieselben betrafen 28 Gewerkschaftsverbände, 3 Kartelle, die Dienstbotenbewegung und die Agitation für den Heimarbeiterschut. Von diesen Zuschriften betrafen: 19 den Porzellanarbeiterverband, je 17 die Verbände der Textilarbeiter und der Holzarbeiter, 11 die Wäschearbeiter, 7 die Buchbinder, je 6 die Metallarbeiter und die Transportarbeiter. Aus den übrigen Organisationen kamen 1 bis 5 Zuschriften.

Die Zahl der Posteingänge ist deshalb verhältnismäßig klein, weil der größere Teil der Organisationsleiter oder Beamten, die das Sekretariat in Anspruch zu nehmen wünschten, es vorzogen, persönlich vorzusprechen, was insofern besonders zweckmäßig war, als da vieles durch eine Besprechung geregelt werden konnte, was sonst durch das Hin und Her schriftlicher Verständigung bisweilen große Verzögerung erlitten hätte.

Ungeachtet dessen hatte das Sekretariat 640 Briefe und Karten zu schreiben, also fast dreimal so viel, als es schriftliche Eingänge erhalten.

An Versammlungen wurden durch das Sekretariat teils veranstaltet, teils vorbereitet und mit Referentinnen versorgt 242 und zwar für 23 Gewerkschaften, für 1 Kartell, für die Organisation der Berliner Dienstboten und für den Heimarbeiterschut. Die Versammlungen waren teils öffentliche, teils Fabrik- beziehungsweise Werkstättenversammlungen. Den größten Anteil hatten

folgende Organisationen: Porzellanarbeiter 54, Textilarbeiter 31, Metallarbeiter 25 Versammlungen; Schneider 11, Holzarbeiter 10, Konditoren 9, Transportarbeiter 8, Bauhilfsarbeiter 6, Hutmacher 5, Wäschearbeiter und Handschuhmacher je 4, Buchbinder, Dienstboten, Fleischer, Gemeindegewerkschaften und Maurer je 3, die übrigen Organisationen 1 oder 2 Versammlungen.

Die 242 Referate wurden von folgenden Gewerkschaftsgenossinnen gehalten: Ihrer 1, Thiede 3, Hanna 4, Schaub 5, Steinbach 8, Hoppe 14, Tieß 32, Altmann 36, Herdemann 40, Kadeit 99.

Die unmittelbaren Ergebnisse der Versammlungen sind selten festzustellen; dennoch erhielt eine Genossin Mitteilung von 106 Neuaufnahmen nach einer Versammlung, eine andere von 949 durch einige Versammlungen gewonnenen neuen Mitgliedern. Textilarbeiter, Metallarbeiter, Handschuhmacher, Porzellanarbeiter und Hutmacher hatten hiervon den größten Anteil.

Vielfach wandten sich Gewerkschaften, die mit Arbeiterinnen als Mitgliedern nicht zu rechnen haben, wie Bauarbeiter, Maurer, Stukkateure, Fromstecher, Schmiede, Maschinisten und Heizer, ferner nicht-gewerkschaftliche Arbeitervereinigungen an das Sekretariat, um Referentinnen zur Behandlung gewerkschaftlicher Themata zu erbitten. Die einen meinten, die Frauen hätten die Gabe, den Gegenstand eindringlicher darzulegen, die Indifferenten nachzurütteln, wo die männlichen Redner daran scheiterten, daß sie gewöhnlich voraussetzten, was ihnen alltäglichste Wahrheiten sind, könne ihren Hörern auch nicht ganz fremd sein; andere wünschten die eigenen Frauen und Töchter zum Verständnis ihrer gewerkschaftlichen Bestrebungen zu führen und die erwerbstätigen unter den weiblichen Angehörigen zum Beitritt zur Organisation zu bewegen.

Daß in der Tat in der Heranziehung neuer Mitglieder und in der gewerkschaftlichen Erziehung derselben, namentlich der weiblichen, Frauen vielfach größeres Geschick besitzen als Männer, mußte in einem recht bedauerlichen Falle das Sekretariat nach der negativen Seite erfahren. Der Bevollmächtigte einer sehr großen Zahlstelle eines der größten Verbände, für den durch die Arbeiten des Sekretariates viele Hunderte neuer Mitglieder gewonnen worden waren, berichtete eines Tages, wie er den Arbeiterinnen eines Riesenbetriebes anlässlich einer Aussperrungsbewegung kräftig Bescheid gesagt habe, wie er ihnen „gar nichts zutraue“. Dieses vor den Kopf stoßen der noch zu schulenden jungen Mitglieder in Verbindung mit dem Druck des Unternehmertums brachte dann auch leider einige Hundert wieder zum Abfall und zum Teil in gelbe Gewerkschaften hinein.

Hieraus dürften die Organisationen erkennen, wie wertvoll es ist, aus ihrer eigenen Mitte weibliche Kräfte zur Agitation und Organisation heranzuziehen, solche als Verbandsbeamte, Bezirks- und Gruppenvertrauenspersonen, Vorstandsmitglieder usw. zu wählen und dort, wo Begabung und Energie vorhanden, aber noch einige Schulung fehlt, diese den betreffenden Kolleginnen angeeignet zu lassen durch die von der Generalkommission geschaffenen Unterrichtscurse, zu deren jedem mindestens einige in den Gewerkschaften tätige Arbeiterinnen von ihren Verbänden entsendet werden sollten.

Diese Schulung von tüchtigen jüngeren Kräften aus den Reihen der organisierten Arbeiterinnen ließ sich das Sekretariat in Gemeinschaft mit den Mitgliedern des Arbeiterinnencomités ebenfalls anlegen sein. In 28 Sitzungen, in welchen Vertreterinnen verschiedener Organisationen anwesend

waren, wurden nach Belehrungen über den Aufbau von Referaten solche über verschiedene gewerkschaftliche Fragen von den damit Beauftragten gehalten, und einige der Rednerinnen, die sich hier übten und erproben, haben bereits während des Jahres in der Agitation Vorzügliches geleistet.

Auch wurden diesen jüngeren Arbeiterinnen Anregungen zur schriftlichen Behandlung wichtiger Vermittlungsfragen gegeben, und mehrere von ihnen sind nun bereits hochwillkommene Mitarbeiterinnen in den Organen verschiedener Gewerkschaften.

Einige Verbandsvorstände verhielten sich anfänglich etwas ablehnend gegen das Arbeiterinnen-Sekretariat; es hatte den Anschein, als befürchteten sie, das Sekretariat könne versuchen, sich in ihren Angelegenheiten unberufenerweise einzumischen. Da das Sekretariat sich jedoch vor jeder Kompetenzüberschreitung hütete und es sich angelegen sein ließ, die Gewinnung und gewerkschaftliche Schulung der Arbeiterinnen zu pflegen und immer von neuem diejenigen Anregungen zu geben, durch die es meinte, die Organisation zu fördern, so schwand jenes anscheinende Mißtrauen bald dahin, und ein paar der anfangs „spröden“ Organisationen haben seither sehr erfreuliche Resultate zu verzeichnen gehabt.

Aufs angenehmste berührte es, wenn Redakteure von Verbandsorganen das Sekretariat zu Rate zogen, in welcher Weise sie wohl am besten ihre Blätter auch für die weiblichen Mitglieder und Berufskollegen nützlich und interessant ausgestalten könnten, und es ist sicher zu erwarten, daß auch hierdurch die Organisation gefördert und gestärkt wird.

Als Aufgaben für die Zukunft stellt sich das Sekretariat: Fortbauen und Erweitern der im obigen geschilderten Tätigkeit, ferner Schaffung einer systematisch vom Einfachsten, Elementarsten ausgehenden und Schritt für Schritt fortschreitenden Flugblattliteratur, wodurch die persönliche Agitation ergänzt und, wo sie nicht vorhanden, ersetzt werden soll. Schließlich hält es Untersuchungen über die immer mehr umfänglichere Einbeziehung der Frau ins Erwerbsleben, über die Frage der Entlohnung der beiden Geschlechter, über die Beteiligung der Frau am gewerkschaftlichen Kampfesleben, über die Rechtsstellung der Arbeiterin usw. für zweckmäßig und beabsichtigt, zu geeigneter Zeit an die Ausführung der bezeichneten Arbeiten zu gehen, womöglich auch eine Geschichte der Frau in der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu schaffen, wozu die Verbandsvorstände die Dokumente aus ihren Archiven zu liefern gewiß in der Lage sind und auch bereit sein werden.

Ida Altmann.

Arbeiterbewegung.

Gewerkschaftliche Rückblicke.

IV.

Im Handels- und Transportgewerbe war das Jahr 1906 ein solches unermüdlicher innerer Organisationsarbeit. Erfolgreich wurde die Konzentration der organisatorischen Kräfte betrieben, mehrere lokale Organisationen schwenkten über zu dem Centralverbande der Handels- und Transportarbeiter. So der Verein der Berliner Droschkentritscher und der Verein Berliner Hausdiener, beide alte lokale Organisationen, in denen sich die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Einheitsorganisation Bahn gebrochen hatte. Andererseits nimmt der Transportarbeiterverband in diesen Verschmelzungsbestrebungen eine anerkannt wert entgegenkommende Haltung ein, die den außer-

halb der Einheitsorganisation stehenden Vereinen den Uebertritt recht leicht macht.

Von großer Bedeutung war das Bestreben, die süddeutschen Straßenbahnerorganisationen für die Einheitsorganisation zu gewinnen. Ein Bestreben, das im Laufe des Jahres von endgültigem Erfolg begleitet wurde. In den süddeutschen Straßenbahnerkreisen war zuerst die Stimmung für einen selbständigen Verband recht lebhaft; man überzeugte sich indes bald davon, daß nicht Zerplitterung, sondern nur die Vereinheitlichung der Organisation auch den Angestellten der Straßenbahnen dienen kann. Der Transportarbeiterverband ist durch Herausgabe eines besonderen Organs für die Straßenbahner ihren Interessen noch besonders entgegengekommen.

Weit bedeutungsvoller für die gesamte Arbeiterbewegung Deutschlands waren aber die Versuche, für das gesamte Transportgewerbe eine einheitliche Organisation zu schaffen. Eine Konferenz der Vorstände der Verbände der Transportarbeiter, Hafenarbeiter, Eisenbahner und der Seeleute einigte sich prinzipiell auf einen Entwurf, der als Grundlage einer Verschmelzung dieser Organisationen zu einem deutschen Transportarbeiterverband dienen sollte. Bereits auf dem Verbandstage der Hafenarbeiter machte sich für eine solche Verschmelzung eine lebhafteste Stimmung geltend, der gegenüber freilich auch Bedenken geäußert wurden. Die Hafenarbeiter sind inzwischen dermaßen in Kämpfe verwickelt gewesen, daß für eine eingehende klärende Diskussion der Frage nicht viel Zeit übrig blieb. Sie ruhte also noch am Jahresluß, wird aber zweifelsohne zu geeigneter Zeit wiederkehren.

Der anhaltenden günstigen Konjunktur entsprechend, wurden auch im Transportgewerbe eifrige Versuche und energische Vorstöße gemacht, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer Regelung zu unterziehen. Besonders knüpfte sich das Interesse an den Kämpfen der Hafenarbeiter und der Seeleute. Die Hafenarbeiter, die organisatorisch großzügige Fortschritte machten — steigerten sie doch ihre Mitgliederzahl binnen Jahresfrist von 16 891 Mitglieder auf über 30 000 — waren während fast des ganzen Jahres in Lohnbewegungen und -Kämpfe verwickelt. Nicht weniger als 57 von den 65 Mitgliedschaften des Verbandes führten Lohnkämpfe bzw. Bewegungen durch, die in 81 Proz. der Fälle mit vollem Erfolg beendet werden konnten. Freilich wurden an die Organisation große Ansprüche gestellt. Die Streikunterstützung erforderte eine Ausgabe von nicht weniger als rund 325 000 Mk., wozu noch eine Reihe anderer mit den Lohnkämpfen verbundenen Ausgaben kommen. Von den bemerkenswerteren Kämpfen der Hafenarbeiter nennen wir die der Binnenschiffer auf der Oder, der Elbe und ihren Nebengewässern, usw.

Die Seeleute entfalteten im letzten Jahre eine rege gewerkschaftliche Tätigkeit. Sie führten Ausstände durch in Hamburg und Bremen, von denen besonders der Hamburger Kampf weit über Hamburg hinaus weitgehendes Interesse beanspruchte. Den Hamburger Rhedern gelang es, in England Streikbrecher zu werben; genau so wie bei der gegenwärtigen Aussperrung der Hamburger Hafenarbeiter fand sich in den englischen Häfen ein zahlloses Gesindel, das bereit war, den um ihre Rechte kämpfenden Seeleuten in den Rücken zu fallen. Und das Hamburger Seeamt unterstützte die Bestrebungen der Rheder noch besonders dadurch, daß entgegen dem Gesetz nicht auf dem Seeamt, sondern an Bord der Schiffe die Leute angemustert

wurden. Und auch sonst standen die Behörden den Rhedern wohlwollend zur Verfügung. Die Schiffe durften mit völlig ungenügender, dazu ungeeigneter Besatzung in See gehen; kein Hahn krächte danach, daß hier Menschenleben den größten Gefahren ausgesetzt wurden.

Freilich, es gelang den Rhedern nicht, ihre sauberen Pläne durchzuführen. Die streikenden Seeleute blieben fest und schließlich mußten die Rheder soweit nachgeben, daß sie die wesentlichsten Forderungen bezüglich der Entlohnung Ende Mai bewilligten und zwar mit rückwirkender Kraft ab 1. April. Zu Verhandlungen mit der Organisation der Seeleute ließen sich die Rheder natürlich nicht herbei. Aber das schädigt nicht im geringsten das Ansehen oder die Kampfesfähigkeit der Organisation der Seeleute. Im Gegenteil, die Rheder werden an dieser ihrer Taktik sicherlich eines Tages genug haben. — Ein Streik der Fischdampfermannschaften im Weser- und Elbegebiet endete nach dreitägiger Dauer mit dem vollen Erfolge der Arbeiter, deren Organisation anerkannt wurde und mit der durch einen Tarifvertrag die Lohn- und Arbeitsverhältnisse geregelt wurden.

Der Transportarbeiterverband hat im letzten Jahre große Erfolge sowohl auf dem Gebiete der Organisation als der gewerkschaftlichen Aktion zu verzeichnen. Eine große Zahl von Lohnbewegungen (insgesamt in 283 Fällen) und Streiks wurden erfolgreich geführt und zum nicht geringen Teile kamen vorteilhafte Tarifverträge zum Abschluß. Die organisatorischen Erfolge haben wir oben teilweise kurz gekennzeichnet. Sie finden noch mehr ihren Ausdruck in der gesteigerten Mitgliederzahl. Während der Verband das Jahr 1905 mit einem Mitgliederbestand von 50 654 abschloß, standen im 4. Quartal 1906 die respektable Zahl von 81 784 Arbeitern im Verbande organisiert. Und die Zahl der Wochenbeiträge stieg von 510 097 im 4. Quartal 1905 auf 865 055 im gleichen Quartal 1906, eine Zunahme also von 354 968 Wochenbeiträgen. Das ist der beste Beweis der inneren Festigkeit des Verbandes.

Von den Organisationen des reinen Handelsgewerbes wäre zu berichten, daß der Lagerhalterverband seine Mitgliederzahl von 1513 am 1. Januar auf 1680 am 31. Dezember 1906 gebracht hat. Der Verband führte Unterhandlungen mit dem Centralverband deutscher Konsumvereine über einen Dienst- bzw. Lohn- und Arbeitsvertrag, ohne jedoch zu einem gewünschten Resultat zu gelangen.

Der Verband der Handlungsgehilfen steigerte seine Mitgliederzahl binnen Jahresfrist von 5815 auf 6692, so daß auch dieser Verband einen erfreulichen Fortschritt aufzuweisen hat. Der Verband war auch in diesem Jahre eifrig bemüht, seine Aufgaben zu erfüllen und die unerfreuliche Kritik, die im Verbandsorgan an den Mißständen im Handelsgewerbe geübt wurde, hat zweifelsohne in vielen Fällen recht nützlich gewirkt, zum Teil durch Beseitigung kritizierter Mißstände, besonders aber durch die erzielte Aufrüttelung der vor kurzem noch gänzlich indifferenten Handlungsgehilfen.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der Fleischerverband hatte am Jahreschluß 1906 einen Mitgliederbestand von 2933 erreicht. Das Verbandsvermögen belief sich auf 11 015,19 M.

Vorstand und Ausschuß des Friseur-gehilfenverbandes unterbreiten den Mitgliedern zwei Anträge zur Abstimmung, wovon der

eine das Statut dahin umgeändert wissen will, daß anstatt auf je 50 Mitglieder auf je 100 ein Verbandstagsdelegierter entfallen soll. Der Antrag wird mit dem erfreulichen Fortschritt der Organisation seit dem letzten Verbandstage motiviert, wodurch die alte statistische Bestimmung eine zu große Anzahl Delegierter und damit zu große und verhältnismäßig zwecklose Kosten der Verbandskasse aufbürden würde. Der zweite Antrag läuft darauf hinaus, den Verbandstag anstatt im August schon im März 1908 abzuhalten.

Die Mitgliederzahl des Gemeindearbeiterverbandes betrug am Jahreschluß 23 238 gegen 20 818 am Beginn des Jahres 1906. Der Bestand der Hauptkasse betrug am 31. Dezember 1906 83 186,98 M.

Zum Tagungsort der XII. Generalversammlung des Verbandes der Handschuhmacher ist nunmehr durch Urabstimmung Berlin bestimmt worden. Die Generalversammlung beginnt am 19. Mai. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Stellungnahme zum Industrieverband bzw. Verschmelzung mit dem Lederarbeiterverband; Lohnpolitik und Taktik des Verbandes, Stellungnahme zu den Tarifverträgen; Stellungnahme zur Haus- und Ueberzeitarbeit.

Im Verbandsrat der Konditoren veranlassen Vorstand und Ausschuß eine Urabstimmung über die Frage der Verschmelzung mit dem Bäckerverbande. Die Urabstimmung soll bis 25. April beendet sein. Die Grundsätze, nach denen die Verschmelzung ev. erfolgen soll sind folgende:

1. Zusammenschluß beider Verbände mit allen Aktiven und Passiven.

2. Der Zusammenschluß erfolgt am 1. Juli 1907.

3. Name des Verbandes: „Verband der Bäcker und Konditoren und verwandten Berufe, deren gelernten und ungelerten Arbeiter und Arbeiterinnen“.

4. Titel des Organs: „Deutsche Bäcker- und Konditorzeitung“. Im Organ soll in der Beilage, am Kopfe anfangend eine Rubrik zur Verfügung stehen, unter der Kritiken und Artikel über unsere beruflichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse usw. gebracht werden. Diesen Teil im Organ hat der von uns zu stellende Beamte zu redigieren.

5. Hauptverwaltung in Hamburg. Unser Verband stellt einen besoldeten Beamten und einen Beisitzer im Hauptvorstand.

6. Uebernahme der Gau- und Ortsbeamten auf den Verband. Gehalt bei allen Angestellten unter Anrechnung der Dienstzeit nach der Gehaltsstala des Bäckerverbandes.

7. Sektionsbildungen in den einzelnen Verbandsorten nach Branchen kann der Verbandsvorstand vornehmen, wenn die einzelnen Branchen in den Städten derartige Anträge stellen. Mit Ausnahme der ganz kleinen Städte wäre zunächst die Sektionsbildung überall erwünscht. Die Sektionen haben jedoch keine besondere Kassenverwaltung, sondern die Kassengeschäfte werden einheitlich in der Zahlstelle oder Zweigverein geführt. Die Sektionen halten ihre Branchenversammlungen ab zur Belehrung und Schulung ihrer Mitglieder, zur Bearbeitung der Agitation und Vorbereitung der Aufgaben des Zweigvereins. Vierteljährlich muß in jedem Verbandsort eine gemeinsame Mitgliederversammlung stattfinden.

8. In Bäckereien für die darin beschäftigten Bäcker und Konditoren nur gemeinsame Lohnbewegungen, in Fabriken und Konditoreien jedoch den besonderen Verhältnissen entsprechend besonderes Vorgehen in der Frage der Lohnbewegung.

9. Die Mitgliedsbücher werden bis Jahreschluß beibehalten und nur neue Statuten am 1. Juli bei der eventuellen Verschmelzung ausgegeben“.

Der Senefelderbund (Lithographen und Steindrucker) zählte am 31. Dezember insgesamt 15 798 Mitglieder, davon 13 831 allen drei Klassen des Bundes angehörend. Nur der Krankentasse gehörten nicht mehr 96 als Mitglieder an.

Der Vorstand des Schneiderverbandes hat anlässlich der von der Unternehmerorganisation angeordneten Generalausperrung über ganz Deutschland beschlossen, von den nicht streikenden oder ausgesperrten Mitgliedern bis auf weiteres eine wöchentliche Extrasteuer von 1 Mk. zu erheben.

Der Vorstand des Tabakarbeiterverbandes hat in Gemeinschaft mit dem Ausschuss beschlossen, für die Dauer von neun Monaten (April—Dezember) einen monatlichen Extrabeitrag von 20 bzw. 30 Pf., je nach den regulären Beitragsklassen, zu erheben. Der Schritt erfolgt, um mehr Mittel für die Verbesserung der Lage der Mitglieder in Gegenden mit niedrigen und unzureichenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen zur Verfügung stellen zu können.

Lohnbewegungen und Streiks.

Streiks und Aussperrungen.

Die Generalausperrung der Schneider umfasst jetzt folgende Städte: Rostock, Potsdam, Gotha, Breslau, Erfurt, Kiel, Weimar, Ravensburg, Stettin, Leipzig, Halle, Bielefeld, Braunschweig, Frankfurt a. M., München, Hannover, Bremen, Stuttgart, Halberstadt, Gießen, Karlsruhe, Coblenz, Meß, Zwickau, Celle, Regensburg, Arnstadt, Wilhelmshaven, Münster, Jena, Schwäbisch-Gmünd, Dresden, Magdeburg, Köln a. Rh.

Die Zahl der Aussperrten ist indessen weit hinter dem zurückgeblieben, was die Führer des Arbeitgeberverbandes beabsichtigt hatten. Insgesamt sind kaum 10 000 Aussperrte und Streikende zu verzeichnen, während die Mitgliederzahl des Schneiderverbandes 36 000 beträgt, so daß die „Generalausperrung“ den Unternehmern wenig Freude machen dürfte.

Die Holzarbeiterausperrung ist am 1. April auch in Leipzig erfolgt. In Dresden haben 64 der maßgebenden Firmen, die 942 von 1550 Arbeitern beschäftigen, sich mit den Arbeitern dahin geeinigt, daß weder eine Aussperrung erfolgen soll, noch daß seitens der Arbeiter Forderungen gestellt werden. Die Scharfmacher sind darob erboht und haben zum 3. April eine Arbeitgeberversammlung in Dresden veranstaltet, wahrscheinlich um die Verständigung rückgängig zu machen.

In Rheinland-Westfalen ist am 3. April eine Aussperrung sämtlicher organisierten Maler und Anstreicher proklamiert worden. Die Unternehmer verlangten von den Arbeitern die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit an allen Streik- und Aussperrungsorten, sowie eine Verzichtleistung auf jede Lohnforderung bis zum 31. Dezember 1908. Wenn diesen Forderungen zugestimmt würde, wollten die Unternehmer 2 Pf. Lohnerhöhung bewilligen und ab 31. Dezember 1908 mit den Organisationen (freie und christliche Organisation) Tarife abschließen! Die Arbeiter lehnten diese Vorschläge ab, worauf die Aussperrung beschlossen wurde.

Arbeiterversicherung.

Geisteskrankheit infolge von Augenverletzung.

Der Stanger Wilhelm G. hat am 6. Januar 1902 durch Betriebsunfall eine Verletzung des linken Auges, durch Einfliegen eines Metallsplitters erlitten. Nach Ablauf des Heilverfahrens — 14. April 1902 — wurde er von der Nordöstlichen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft mit einer Rente von 10 Proz. entschädigt.

G. nahm die Arbeit wieder auf, klagte indessen über erhebliche Kopfschmerzen. Im Juli 1902 wurde G. längere Zeit in einer chirurgischen Privatklinik wegen einer Schenkelbruchoperation behandelt. Abnormitäten in seinen geistigen Fähigkeiten wurden nicht wahrgenommen. Im Frühjahr 1903 änderte sich der Zustand des Verletzten auffallend; er hatte keine Lust zur Arbeit, verlor dieselbe und äußerte alle möglichen wirren Redensarten. Bald wurde er von einer schwarzen Bande verfolgt, bald wollte man ihn bestehlen usw. Am 23. Juni 1903 mußte er nach der Charité gebracht werden. Eines Tages sprang er aus dem Fenster, er erklärte indessen, daß er hinarshypnotisiert worden sei. Von hier wurde er nach Dalldorf überführt. Ausgang August 1903 stellte die Ehefrau bei der Nordöstlichen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft den Antrag auf Vollrente, da in den Unfallsfolgen eine wesentliche Verschlimmerung eingetreten sei. Die Ehefrau führte die aufgetretene Geisteskrankheit auf den erlittenen Betriebsunfall — der Augenverletzung — zurück, da ihr Ehemann unmittelbar nach dem Betriebsunfall über Kopfschmerzen geklagt, ein ganz verändertes Wesen gezeigt und oft unzusammenhängende Reden gehalten habe. Die Ehefrau bezog sich auf die gutachtlichen Äußerungen des Sanitätsrats Dr. K. in D. Der Antrag wurde von der Berufsgenossenschaft abgelehnt; der ursächliche Zusammenhang zwischen der Geisteskrankheit und dem Betriebsunfall sei nach der Ansicht des Vertrauensarztes der Berufsgenossenschaft, dem Sanitätsrat Dr. Pl., nicht anzunehmen. Gegen den Ablehnungsbescheid wurde unsererseits Berufung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung eingelegt und nochmals unter Bezugnahme auf das ärztliche Gutachten des Anstaltsarztes Dr. K. der ursächliche Zusammenhang betont.

Das Schiedsgericht hörte den Nervenarzt Dr. Sch. Dieser verneinte den ursächlichen Zusammenhang ebenfalls, und zwar aus folgenden Gründen: „Erstens seien nach den bei G.'s Aufnahme in die Charité vorgelegten ärztlichen Zeugnissen die ersten Zeichen geistiger Störung im März 1903 aufgetreten. Demgegenüber besäßen die vagen Zeugnisaussagen keinen Wert. Es fehle also der zeitliche Zusammenhang zwischen Unfall und Geistesstörung. Ferner sei dem Bilde der Geistesstörung selbst kein Hinweis auf die Augenverletzung enthalten. Es bestehe vielmehr eine Paranoia (Verrücktheit) gewöhnlicher Art, wie man sie insbesondere bei früheren Trinkern sehe.“ Das Schiedsgericht hat darauf die Berufung zurückgewiesen.

Gegen diese Entscheidung legten wir Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein. Es wurden Beweismittel dafür erbracht, daß der geistesranke G. kein Trinker gewesen war. Die Mitarbeiter des G. sowie der Arbeitgeber stellten dem G. das Zeugnis aus, daß derselbe ein äußerst nüchterner und solider Arbeiter war. Zeichen einer psychischen Veränderung habe man erst kurz vor seiner völligen Arbeitsniederlegung wahrgenommen. Es wurde außerdem Dr. L., der Leiter der chirurgischen Privatklinik, in welcher G. im Juli 1902 wegen der Schenkeloperation gelegen hatte, darüber befragt: ob er während dieser Zeit Zeichen von Geistesstörung bei G. bemerkt habe. Dr. L. betont, „daß sehr wohl eine beginnende Geistesstörung bestanden haben könne, ohne gerade bei einer nicht ausdrücklich hierauf gerichteten Beobachtung wahrgenommen zu werden“.

Weiter wurden eine Reihe von Zeugen vernommen und ein Obergutachten vom Med.-R. Dr. L. eingefordert. Dem Gutachter war anheimgegeben,

der Zeugenvernehmung beizuwohnen. Die Zeugenaussage (eidliche) bestätigte das von mir oben angeführte. Aus dem sehr eingehend und wissenschaftlich begründeten Gutachten des Med.-N. Dr. L. sollen einige wichtige Stellen des Interesses wegen wiedergegeben werden. Es heißt: „Die Behauptung der Ehefrau des E., daß die Geisteskrankheit ihres Mannes im wesentlichen Unfallfolge sei, liegt an sich im Bereiche der Möglichkeit. Bewiesen kann sie aber nur dann werden, wenn ein zeitlicher Zusammenhang zwischen Unfall und Störung nachgewiesen wird. Hierüber lauten nun die Ermittlungen bei E. nicht ganz widerspruchsfrei, so daß wir auf eine vollkommene Sicherheit in diesem Punkte verzichten müssen. Aber mit überwiegender Wahrscheinlichkeit wird man doch dahin gelangen, daß die ersten schleichenden Anfänge der Geistesstörung in die Zeit kurz nach dem Unfälle zu verlegen sind. Insbesondere ist gegenüber der Aussage desjenigen Zeugen, dem erst mehrere Monate später E.'s verändertes Wesen aufgefallen ist, zu erwägen, daß die Erkennung einer langsamen seelischen Umwandlung für den Laien sehr große Schwierigkeiten hat.“ ... Wir werden aus diesen Tatsachen den Wahrscheinlichkeitschluß ziehen müssen: „Die Augenverletzung mit ihren anfangs bedenklich objektiven Folgen und die hierdurch hervorgerufene Furcht vor dem Verluste des Auges hat den Anstoß zur Entwicklung der Geisteskrankheit gegeben.“ Der Einwand, daß in dem Bilde des Seelenleidens selbst nichts auf den Unfall hinweise, ist unmaßgeblich — das braucht bei Unfallpsychosen nicht der Fall zu sein; vollends kann ich mich der Meinung nicht anschließen, daß das Krankheitsbild bei E. auf Alkoholismus hinweise. Eine ganze Reihe von Erscheinungen, die E. zeigt, wie zum Beispiel zeitweilige Stummheit, körperliche Spannungserscheinungen, deuten auf eine ganz andere Krankheitsgruppe als die alkoholistische hin.“

Das Gutachten gibt der Sachverständige dahin ab: daß es überwiegend wahrscheinlich ist, daß die geistige Erkrankung des Klägers auf den Unfall vom 6. Januar 1902 zurückzuführen ist, weil ein naher zeitlicher Zusammenhang zwischen beiden erkannt werden muß und eine Augenverletzung an sich bisweilen schwere Wirkungen auf den Gemütszustand hat.

Das Reichsversicherungsamt folgte diesem Ober-Gutachten, hob die Vorentscheidung auf und verurteilte die Beklagte Berufsgenossenschaft zur Zahlung der Vollrente. Dieser an sich interessante Fall illustriert indessen die Ansichten der Herren Ärzte, besonders der vom Schiedsgericht gehörten. Die Aussagen der Zeugen sind für ihn „vage“. Die Beurteilung der kritischen Sachlage macht sich der Sachverständige sehr leicht, es ist eben nur eine „Verrücktheit“, wie sie insbesondere bei früheren Trinkern häufig vorkommt. Damit hat der Herr Sachverständige seine Aufgabe gelöst. Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß fast ständig der „Alkoholmißbrauch“, wo immer nur möglich, herangezogen wird. Der Unfall bei solchen Nervenkrankheiten ist in der Regel kein so schwerer, daß er Veränderungen im Nervensystem hervorrufen kann, es sind andere Erscheinungen: Alkohol, Qués usw.!

Hier in diesem Falle kann man auch sagen: „Alles was ich nicht definieren kann, sehe ich als Alkoholmißbrauch an.“ „Vage“ Zeugenaussagen und „gewöhnliche Verrücktheit“ und die Sache ist erledigt.

Berlin im März 1907.

G. Linz.

Kartelle und Sekretariate.

Arbeitersekretär gesucht.

Für das am 1. April 1906 gegründete Arbeitersekretariat zu Brandenburg a. S. wird umständehalber zum 1. Juni 1907 ein Sekretär gesucht. Anfangsgehalt 2000 Mk., steigend bis 2400 Mk. Bewerber wollen sich unter Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit und unter Einreichung einer Arbeit aus der sozialen Gefesgebung an Otto Richter, Brandenburg a. S., Kirchhoffstr. 11, bis 20. April mit der Aufschrift „Bewerbungsschreiben“ wenden.

Mitteilungen.

Quittung

über die im Monat März 1907 bei der Generalkommission eingegangenen Quartalsbeiträge:

Verb. d. Glasarbeiter für 1906	1 824,32 Mk.
„ „ Lagerhalter „ 1906	219,— „
„ „ Fabrikarbeit. für 3. Qu. 06	4 655,— „
„ „ Bureauangestell. f. 3. u. 4. Qu. 06	92,— „
„ „ Lithographen und Steindrucker für 3. u. 4. Qu. 1906	890,70 „
„ „ Gutmacher f. 3. u. 4. Qu. 06	447,30 „
„ „ Steinarbeiter für 3., 4. Qu. 06 und 1. Qu. 1907	1 500,— „
„ „ Bauarbeiter für 4. Qu. 06	3 290,60 „
„ „ Lederarbeiter „ 4. „ 06	287,— „
„ „ Buchdr.-Hilfsarb. für 4. Qu. 06	484,— „
„ „ Gemeindebetriebsarbeiter für 4. Qu. 1906	743,16 „
„ „ Zimmerer für 4. Qu. 06	589,12 „
„ „ Schmiede „ 4. „ 06	545,10 „
„ „ Maler „ 4. „ 06	1 852,39 „

An Unterstützungsgeldern gingen ein im Monat März:

Für die ausgesperrten Textilarbeiter in Lodz (Russ. Polen):

Verband der Gutmacher 80,64 Mk., Belgien, Kommission Syndikale 46,77 Mk. Bereits quittiert 29 472,56 Mk., in Summa 29 599,97 Mk.

Für die ausgesperrten Schneider:

Von den Centralvorständen:

Mühlensarbeiter 300,— Mk., Civilmusiker 100,— Mk., Glasarbeiter 300,— Mk., Dachdecker 200,— Mk., Gutmacher 300,— Mk., Sattler 300,— Mk. In Summa 1500 Mk.

Für die Hafnarbeiter:

Von den Centralvorständen:

Lagerhalter 200,— Mk., Glasarbeiter 300,— Mk., Buchdr.-Hilfsarbeiter 500,— Mk. In Summa 1000,— Mk.

Für Streiks und Aussperrungen (Allgem.):
Gewerkschaftskartell Königsberg i. Pr. 115,25 Mk., bereits quittiert 1461,14 Mk. In Summa 1576,39 Mk.
Berlin, den 2. April 1907.

Hermann Kube.

Der Bericht des Centralarbeitssekretariats für das Jahr 1906 konnte wegen Raum Mangels in dieser Nummer nicht zum Abdruck gelangen. Der Bericht wird in nächster Nummer (15) erscheinen. Dieser Nummer wird auch die vierteljährliche Abrechnung beilage des „Correspondenzblattes“ beigegeben. Die Verbandsexpeditionen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Nr. 15 24 Seiten stark erscheint.

Redaktion des „Correspondenzblatt“.